

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund
Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Einzelpreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verbandsstelle: Charlottenburg 1, Brahestr. 2-3. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 39

Berlin, den 27. September 1930

5. Jahrgang

Die Wähler haben entschieden. — Was nun?

Von der Wahl am 14. September haben sich eigentlich alle Parteien etwas erhofft, vor allem mehr Mandate und größeren Interesseneinfluß; aber die meisten wurden enttäuscht, und eine große Enttäuschung gab es sicher auch bei der Regierung, als sie sah, was sie mit der Reichstagsauflösung angerichtet hatte. Einen neuen Reichstag mit 143 Sozialdemokraten, 107 Nationalsozialisten, 76 Kommunisten, 68 Zentrumsmännern, 41 Deutschnationalen, 29 Deutschen Volksparteilern, 27 Bayernparteilern, 23 Wirtschaftsparteilern, 20 Staatsparteilern, 19 Bayerischen Volksparteilern, 14 Christlichsozialen Volksparteilern und 5 Konservativen Volksparteilern hatten sie auf keinen Fall erwünscht. Das kann man sich wohl denken. Aber wer glaubt, die Regierung Brüning fühle sich geschlagen, der irrt. Sie führt die Geschäfte weiter und tut vorläufig so, als wäre nichts geschehen. Der Reichstag wird nun erst zu entscheiden haben, was aus der Regierung wird, ob eine neue kommt, und welche Parteien sie bilden werden.

Regierungsansprüche sind schon gestellt worden, vor allem von den Nationalsozialisten; auch die Sozialdemokratische Partei hat ihren Verantwortungs- und Regierungswillen erkennen lassen. Ob sie in die Regierung kommen werden, muß man abwarten.

Eines haben die Wähler deutlich erkennen lassen, nämlich das Anwachsen des Faschismus in Deutschland. Über sechs Millionen Wähler und Wählerinnen haben sich zum Faschismus, und viereinhalb Millionen zum Volksgewissens bekannt. Darin liegt ausgedrückt, daß zehn Millionen Wähler und Wählerinnen andere politische und andere wirtschaftliche Verhältnisse in Deutschland wünschen, und zwar diktatorische. Mit brutaler Gewalt sollen die Geschicke Deutschlands bestimmt werden, so wollen es die Nationalsozialisten und die Kommunisten. Beide wollen etwas anderes: die einen ein Sowjet-Deutschland und die anderen ein drittes Reich. Wie diese Staatengebilde und Wirtschaftsgestalten aussehen und arbeiten würden, weiß eigentlich kein Mensch von den Wählern, aber es wird verlangt. Die Taube auf dem Dache ist ihnen lieber, als der Speß in der Hand. Damit ist für sie die Sache erledigt.

Der Arbeiterschaft darf freilich so etwas nicht gleichgültig sein. Sie muß arbeiten, schützen, und wird ausgebeutet, ob wir ein Sowjet-Deutschland oder ein drittes Reich bekämen, sicher noch härter als unter dem Kapitalismus. Darin liegt der Casus belli für sie. Da sie aber weder in Rußland, noch in Italien, den staatlichen Vorbildern der Kommunisten und Nationalsozialisten persönliche Freiheit und erfreulichere Wirtschaftszustände sieht, kann es für die Arbeiter nicht verlockend sein, ihre sicher nicht rosigsten Verhältnisse mit noch viel schlechteren einzutauschen. Das mögen sich vor allem die merken, die aus Verärgerung bei der Wahl eine radikale Partei durch ihre Stimme unterstützten. Verärgerung und Stimmung sind schlechte Wahlberater; entscheidend muß sein, ob ich etwas Besseres eintausche, wenn ich zu den Phrasen und „Welt-erneuerern“ flüchte, und ob ich als Arbeiter oder Arbeiterin meine wirtschaftlichen Belange gewahrt sehe, wenn ich den Gewerkschaften untreu bin.

Was das wirtschaftlich bedeutet, wenn Faschismus und Volksgewissens bei der Wahl als Gewinner triumphieren, läßt sich daran erkennen, welche Stimmung das in der Weltwirtschaft auslöst. Die Barometer der Wirtschaft, die Börsen, zeigten sofort nach der Wahl für Deutschland schlechteres „Wetter“ an. Das wirtschaftliche Vertrauen zu Deutschland war nicht mehr so vorhanden wie vormals, weil der Radikalismus nicht die Gewähr für ein friedliches Wirtschaften bietet. Dadurch wird die Wirtschaftslage unsicher, Störungen treten ein, und die Krise beschleunigt sich. Die Wirkung ist nun die: Es tritt das Gegenteil davon ein, was die Wähler und Wählerinnen wollten. Es kommen weder ein Sowjet-Deutschland, noch ein drittes Reich, desto mehr Not und Elend, desto mehr Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Betriebsstillegungen und Konturle, wenn nicht die anderen Parteien eine vertrauenswürdige Regierung bilden und damit das Vertrauen des Auslandes zurückgewinnen. Man glaube ja nicht, daß Deutschland politisch und wirtschaftlich machen kann, was es will. Deutschland ist noch Kriegsverlierer und die anderen Staaten Gewinner, Deutschland hängt mit der Weltwirtschaft innig zusammen. Deutschland braucht Rohstoffe vom Ausland und für seine Fertigwaren Absatzgebiete im Ausland. Die deutsche Industrie kann nicht existieren, wenn sie keine Rohstoffe bekommt und keine Waren absetzen kann. Wir hängen als Volk davon ab, Politik kommt erst in zweiter Linie, die Wirtschaft bedeutet die Grundlage unseres Gesellschaftslebens. Das ist bei den Wählern von einem Teil der deutschen Wähler und Wählerinnen zu wenig beachtet worden. Das ist auch ein Grund mit, weshalb eine Anzahl Parteien die wirtschaftlichen und sozialen Fragen im Wahlkampf mißachtete, sie nicht berücksichtigte, sie sind heißes Eisen für sie. Sehr scharf kennzeichnet das auch die Haltung der Nationalsozialisten. Sie, die Vindierung und Beseitigung der gegenwärtigen Wirtschaftsnöte versprachen, verlangen in einer kommenden Regierung nicht etwa die damit verbundenen Ministerien, sondern die Polizei- und Reichswehrorgane. Anscheinend wollen sie die hungernden Arbeitslosen mit blauen Bohnen füttern. Diesen Schluß muß man aus dem Verhalten und der Einstellung der National-

sozialisten ziehen. Der Arbeiterschaft muß das zu denken geben. Unterstützung und Hilfe in ihrem Wirtschaftskampf wird sie von der Seite nie erwarten können.

Nicht sonderlich erscheint noch, daß selbst die reaktionären Wirtschaftskreise, die dem Faschismus, soweit er sich gegen die organisierte Arbeiterschaft wandte, sehr wohlwollend gegenüberstanden, und sogar förderten, von seinem Anwachsen und den wirtschaftlichen Auswirkungen nicht sonderlich erbaunt sind. So hatten sie es nicht gewollt; denn ihre Interessensparteien wurden selbst im Wahlkampf fast aufgegeben. Die Deutschnationalen verloren fast soviel als die Nationalsozialisten gewannen, die Demokraten verschwanden ganz von der Bildfläche, die Volksparteiler zum erheblichen Teil. Das Bankkapital, das Industrieunternehmertum, die Großagrarien und höheren Beamtenkreise haben nur noch eine geringe Zahl Parlamentarier bekommen. Sie, die früher bestimmten, haben nur noch einen Bruchteil ihrer Parlamentsmacht erringen können und sind stark dezimiert, sind nur noch ein Trümmerhaufen. Was sie der Sozialdemokratischen Partei zugebadet haben, ist nun ihnen widerfahren: Das gefällt dem Unternehmertum in keiner Weise. Es wird sich mit dieser politischen Zurückdrängung nicht zufrieden geben und bald wieder auf irgendeine Weise versuchen, zu größerem politischem Einfluß zu kommen. Vielleicht sucht es auch weitere Hilfe bei den Faschisten. Ob die ihnen Beistand leisten werden, muß man abwarten, zuguttrauen ist ihnen alles. Für die soziale Reaktion waren sie stets, sie werden auch dem Unternehmertum reaktionäre Dienste leisten, vor allem wenn sie dafür bezahlt werden.

Krankenkasse und ausgeschiedene Versicherungspflichtige.

Über den Zeitpunkt der Beendigung der Mitgliedschaft bei den Krankenkassen und über die Dauer der Rechtsansprüche der Versicherten auf Leistungen gibt es immer noch viele Unklarheiten. Nicht häufig entstehen in dieser Beziehung Streitigkeiten, die oft zur Verärgerung der betreffenden Arbeitnehmer gegenüber den Krankenkassen führen.

Nicht selten werden solche unliebsamen Streitigkeiten dadurch gestärkt, daß die betreffenden Kassenanstellungen es an der nötigen Ruhe und Besonnenheit den Hilfesuchenden gegenüber fehlen lassen. Letzteres sind natürlich nur Ausnahmefälle.

Im nachstehenden soll nun die Rechtslage, wie sie sich durch die Beendigung der Mitgliedschaft für die Versicherten aus den einzelnen Situationen ergibt, untersucht werden.

Die Mitgliedschaft des Versicherungspflichtigen erlischt selbstverständlich mit dem Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung.

Die Rechtsansprüche auf Leistungen der Krankenkasse sind mit diesem Zeitpunkt jedoch noch nicht erloschen. Im § 214 RVD. wird nämlich bestimmt, daß den Versicherten, die wegen Erwerbslosigkeit ausscheiden, der Anspruch auf die Regelleistungen der Krankenkasse verbleibt, wenn sie in den vorangegangenen zwölf Monaten mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vor dem Ausscheiden mindestens sechs Wochen versichert waren, und wenn der Versicherungsfall während der Erwerbslosigkeit und binnen drei Wochen nach dem Ausscheiden eintritt.

Für die Anwendung dieser Bestimmung ist also Voraussetzung, daß der Versicherungsfall (Krankheit) nach dem Ausscheiden aus der Kasse eintritt, und zwar muß der Versicherungsfall innerhalb dreier Wochen nach dem Ausscheiden eingetreten sein. Der Anspruch der Ausscheidenden bezieht sich nach § 214 RVD. also nur auf die Regelleistungen, und zwar auf Gewährung von Krankenhilfe, Wochenhilfe, Sterbegeld und Familienhilfe.

Ist die Krankheit dagegen noch während der versicherungspflichtigen Beschäftigung eingetreten, also während der Mitgliedschaft, dann hat der entlassene Arbeitnehmer ohne weiteres Anspruch auf die vollen Leistungen.

Wenn nun der Versicherungsfall in den drei Wochen nach dem Ausscheiden eingetreten ist, dann erlischt für den Versicherten ein Leistungsanspruch auf die im § 188 RVD. vorgesehenen 26 Wochen.

Erkrankt jerner ein Ausscheidener innerhalb der drei Wochen so, daß zunächst nur ärztliche Behandlung erforderlich ist, während Arbeitsunfähigkeit erst später, aber noch innerhalb der 26 Wochen hinzutritt, dann beginnt eine neue Frist von 26 Wochen für die gesamte Krankenhilfe.

Hiernach kann sich also die Dauer der Krankenhilfe auf 52 Wochen erstrecken.

Beispiel

Der Ausscheidene erkrankt am ersten Tage der ersten Woche nach seinem Ausscheiden aus der Krankenkasse. Er ist 25 Wochen und sechs Tage nur krank, nicht aber arbeitsunfähig, so daß er von der Kasse nur Krankenpflege (ohne Krankengeld) für diese Zeit bezieht. Am sechsten Tage der 26. Woche tritt Arbeitsunfähigkeit hinzu, nun entsteht neben dem Anspruch auf Krankengeld für 26 Wochen auch ein solcher auf die übrige Krankenhilfe (ärztliche Behandlung, Arznei usw.) auf weitere 26 Wochen.

Wenn der wegen Erwerbslosigkeit Ausscheidende bis zu seinem Tode von der Kasse Krankenhilfe erhält, dann wird auch nach Ablauf der drei Wochen Sterbegeld gewährt.

Stirbt jemand, der erkrankte, als er noch Mitglied der Krankenkasse war, binnen einem Jahr nach Ablauf der Krankenhilfe an derselben Krankheit, so wird das Sterbegeld auch gewährt, wenn er bis zum Tode arbeitsunfähig war.

Die Wahlen hatten als Ergebnis das Gegenteil des von den Drahtziehern Erhofften. Die intrigierende, treibende Deutsche Volkspartei und das hinter ihr stehende Scharfmachertum, wollten die sozialen Errungenschaften abbauen und die politische Macht der organisierten Arbeiterschaft mit Hilfe des Zentrums zertrümmern. Das ist nicht gelungen. Die Volkspartei verlor die Schlacht. Die organisierte Arbeiterschaft bestand den Kampf.

Der Nazismus, der auch mit erledigt werden sollte, ist ideell gestärkt aus der Wahl hervorgegangen, weil die Kommunisten mehr gewannen als die Sozialdemokraten verloren. Also auch dieser Schlag ging daneben.

Das liberale Bürgertum, der Konservatismus, sind soviel wie erledigt, sie wurden vom Faschismus völlig überannt. Drei große Exponenten, der Sozialismus, Volksgewissens und Faschismus stehen sich im Kampf gegenüber, und werden künftig miteinander ringen. Das ist die gegenwärtige politische Situation. Wie stark sich die im Wirtschaftsleben auswirken wird, läßt sich heute noch nicht sagen.

Wir als Gewerkschaften haben alle unsere Kraft einzusetzen, um wirtschaftliche Bestimmungsfaktoren zu werden. Dazu gehört wirtschaftliche Aufklärungsarbeit in stärkstem Maße leisten, die Organisationen weiter ausbauen und die Organisierung der vorhandenen Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger in eigenen Unternehmen umsetzen. Damit schaffen wir eine unüberwindliche Macht, die allen politischen Gefahren zu trotzen vermag, ob sie nun vom Faschismus oder vom Scharfmachertum drohen.

Hinsichtlich der Anwendbarkeit der Bestimmung des § 214 RVD. auf Arbeitslose ist zu beachten, daß der § 127 RVD. ausdrücklich bestimmt, daß der § 214 RVD. nicht angewandt wird auf Arbeitslose, die Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung haben.

Scheidet ein Arbeitsloser dagegen aus der Krankenversicherung aus, weil er keine Hauptunterstützung mehr bezieht, so stehen ihm die Ansprüche aus § 214 RVD. in derselben Weise zu, wie wenn er wegen Erwerbslosigkeit ausgeschieden wäre.

Nach § 311 RVD. bleiben Arbeitsunfähige solange Mitglieder der Krankenkasse, als diese ihnen Leistungen zu gewähren hat. Diese Mitgliedschaft dauert auch dann fort, wenn die Berufsgenossenschaft für den Versicherten eintritt, während die Kasse zur Leistung verpflichtet bleibt oder wenn die Versicherungsanstalt ein Heilverfahren gewährt und die Krankenkasse zum Ersatz verpflichtet ist. Es wird aber ausdrücklich bemerkt, daß der Leistungsanspruch, der wegen Erwerbslosigkeit ausgeschiedene nach § 214 RVD. haben, diesen die Mitgliedschaft nicht erhält, denn hier besteht ja eine Mitgliedschaft, die erhalten werden könnte, nicht mehr.

Die Bestimmung des § 311 RVD. erhält auch den Schwangeren und Wöchnerinnen die Mitgliedschaft zur Krankenkasse, solange sie Anspruch auf Schwangeren- oder Wöchengeld haben und nicht gegen Entgelt arbeiten.

Ist das Mitglied der Krankenkasse arbeitsunfähig krank, dann brauchen für die Dauer der Arbeitsunfähigkeit Beiträge nicht entrichtet werden. Hiernach ist es also nicht notwendig, daß der Arbeitgeber den arbeitsunfähig erkrankten Arbeitnehmer von der Krankenkasse abmelde, wenn er das Arbeitsverhältnis nach erfolgter Genesung mit ihm fortsetzen will.

Ist jedoch die Abmeldung oder gar die Entlassung erfolgt, dann endet die Mitgliedschaft allerdings mit Ablauf der Leistungsdauer oder mit dem Wegfall der Arbeitsunfähigkeit. Mit dem letzteren Zeitpunkt setzt für den Betroffenen natürlich die Frist des § 214 RVD. von drei Wochen ein.

Nun gibt aber die Bestimmung des § 313 RVD. den aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung Ausscheidenden die Möglichkeit, ihre Mitgliedschaft weiter zu erhalten (freiwillige Weiterversicherung), solange sie sich regelmäßig im Inlande aufhalten.

Die Möglichkeit der freiwilligen Weiterversicherung haben allerdings nur solche Ausscheidende, die auf Grund der Reichsversicherung oder bei dem Reichsknappschaftsverein in den vorangegangenen zwölf Monaten mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vor dem Ausscheiden mindestens sechs Wochen versichert waren.

Will sich jemand so freiwillig weiterversichern, dann muß er es der Krankenkasse, deren Mitglied er bisher war, binnen drei Wochen nach dem Ausscheiden, oder wenn seine Mitgliedschaft dadurch erhalten war, daß die Kasse ihm noch Leistungen zu gewähren hatte (§ 311 RVD.), nach Beendigung der Kasseneleistungen anzeigen.

Wer in der zweiten oder dritten dieser drei Wochen erkrankt, erhält sich durch die Anzeige in der Dreiwochenfrist zwar seine Mitgliedschaft; er hat aber wegen einer in diesen beiden Wochen eingetretenen Erkrankung nur dann Anspruch auf die Weiterleistungen, wenn er die Anzeige der freiwilligen Weiterversicherung bereits in der ersten Woche nach dem Ausscheiden aus der Krankenkasse erstattet hat, im sonstigen stehen dann nur die Regelleistungen zu.

Erkrankt der aus der Kasse Ausscheidende dagegen schon in der ersten Woche nach dem Ausscheiden, dann erhält er sich die Mitgliedschaft und die vollen Ansprüche auf Kasseneleistungen für die schon eingetretene Krankheit, wenn er die Anzeige der freiwilligen Weiterversicherung in einer, der zweiten oder dritten der drei Wochen erstattet hat.

Wir sehen in diesem Falle also, daß der Ausgeschiedene in den ganzen drei Wochen die Möglichkeit hat, sich unbefehlet der Ansprüche auf Regelleistungen des § 214 RVO., den Rechtsanspruch auf die vollen, also auch Mehrleistungen der Krankenkasse zu sichern.

Es ist selbstverständlich, daß unter vollen Leistungen auch diejenigen für die Familienmitglieder, soweit sie anderweitig keinen Anspruch auf Krankenpflege haben, zu verstehen sind.

Die Erfahrungen auf Grund dieser Gesetzesbestimmung gebieten aber, daß die aus der Krankenkasse Ausgeschiedenen die Anzeige der Weiterversicherung schon in der ersten Woche vollziehen. Nur dann haben sie sich und ihre Angehörigen für alle Fälle gesichert.

Der durch die Notverordnung der Regierung eingefügte § 813b RVO. gibt denjenigen, die ihre Wohnung nicht im Bereich der Kasse haben, bei der sie pflichtversichert waren, die Möglichkeit, sich bei der Kasse ihres Wohnorts weiter zu versichern. Wer also Mitglied einer Betriebskrankenkasse außerhalb seines Wohnorts war, kann seine Weiterversicherung bei der Ortskrankenkasse am Wohnort vollziehen.

Ferner ist durch den von der Notverordnung gebrachten § 813 Abs. 4 RVO. dem überlebenden Ehegatten eines ver-

storbenen Mitglieds die Möglichkeit gegeben, die Mitgliedschaft unter denselben Voraussetzungen und in derselben Weise wie ein Mitglied fortzusetzen. Voraussetzung ist allerdings, daß der Verstorbene in den dem Tode vorangegangenen zwölf Monaten mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens sechs Wochen pflichtversichert war und der überlebende Ehegatte binnen drei Wochen nach dem Tode des Versicherten bei der Krankenkasse einen diesbezüglichen Antrag stellt oder die vollen Beiträge in dieser Zeit entrichtet.

Es ist dieses die einzige Bestimmung der Notverordnung, die begründenswert ist.

Zu beachten ist noch, daß derjenige, der seine Mitgliedschaft bei einer Betriebskrankenkasse freiwillig fortlebt, zu ihrer Verwaltungsförderung nur solange wählbar und wahlberechtigt ist, als er dem Betriebe angehört, für welchen die Kasse errichtet ist. Er ist also in diesem Falle Mitglied zweiter Klasse.

Es ist wünschenswert, daß sich insbesondere die freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer über diese ihre Rechte genügend unterrichten und sich im übrigen bei entstandenen Streitfällen ohne Verzug an ihre Organisation wenden.

Von J. Milewicz, Hannover.

zustimmen, der auch die tarifvertraglichen Kündigungsfristen als gesetzliche Kündigungsfristen im Sinne des § 22, Abs. 1, Satz 2 Konkursordnung ansieht. Nach unserer Meinung sind aber nicht nur die tarifvertraglichen Kündigungsfristen, sondern auch die durch Betriebsvereinbarung, insbesondere Arbeitsordnung, zustandekommene Kündigungsfristen ebenfalls als gesetzliche Kündigungsfristen im Sinne des § 22, Abs. 1 Konkursordnung zu betrachten.

Sinngemäß ist u. E. das, was vorstehend über die tarifliche und betriebsvertragliche Kündigungsfrist gesagt worden ist, auch auf die zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer persönlich vereinbarten Kündigungsfristen anzuwenden; denn wenn die kürzere vereinbarte Kündigungsfrist im Sinne der Konkursordnung als gesetzliche gilt, so ist nicht einzusehen, weshalb nicht auch eine über die Maximalkündigungsfrist hinausgehende vereinbarte Kündigungsfrist als eine gesetzliche im Sinne der Konkursordnung gelten soll.

Weiter ist zugleich die Frage zu stellen: In welchem Verhältnis stehen die Sonderkündigungsfristenvorschriften zu den allgemeinen Kündigungsfristenbestimmungen?

Die Gerichte haben zu dieser Frage folgende Stellung eingenommen:

Das Reichsarbeitsgericht sagt in seiner Entscheidung vom 25. September 1929 — Wensh. Samml. Bd. VII, S. 156 —:

„Um festzustellen, was im Sinne von § 22, Abs. 1 Konkursordnung gesetzliche Kündigungsfrist ist, sind nicht nur die Grundzüge des Bürgerlichen und Handelsgesetzbuchs, sondern auch die in Sondergesetzen, wie z. B. Kündigungsfristen-Gesetz enthaltenen Kündigungsfristenbestimmungen zu berücksichtigen.“

Bereits vorher hat das Arbeitsgericht Berlin in einem Urteil vom 18. April 1929 — „Juristische Wochenschrift“ 1929 Sp. 2181 — entschieden, der Konkursverwalter kann Angestellten, für die das Kündigungsfristen-Gesetz gilt, nur unter Zurückhaltung der von diesen festgesetzten Kündigungsfristen kündigen.

Noch früher hat das Oberverwaltungsgericht Braunschweig in einem Urteil vom 28. April 1928 — GuV. 1928/26 S. 356 — entschieden, daß auch im Konkurs des Arbeitgebers die Kündigungsfristenbestimmungen des Betriebsratsgesetzes und des Schwerbeschäftigtengesetzes gelten.

Das Braunschweiger Urteil bringt sehr richtig zum Ausdruck:

„Da der Konkursordnung als dem früheren Gesetze nicht nur ein, sondern mehrere Gesetze gegenüberstehen, die später als sie, nämlich die Konkursordnung, und nacheinander erlassen worden sind, die alle den Kündigungsschutz der Arbeitnehmer regeln und von denen keines diesen Kündigungsschutz für den Konkursfall einschränkt, kann man deshalb kaum mehr annehmen, daß es sich hier um eine im Wege der Auslegung auszufüllende Gesetzeslücke handelt, vielmehr muß angenommen werden, daß diese Gesetze gewissermaßen eine Einschränkung des Kündigungsschutzes für den Konkursfall nicht haben vornehmen wollen.“

Dieser Auffassung ist vorbehaltlos zuzustimmen. Damit ist in großen Zügen die rechtliche Stellung der Arbeitnehmer im Konkursfall des Arbeitgebers skizziert.

Für den einzelnen Arbeitnehmer empfiehlt es sich, auch bei Rechtsbehandlungen, die sich aus dem Konkurs ergeben, diese nur nach Rücksprache mit den Verbandsinstanzen vorzunehmen. Durch die Hilfeleistung des Verbandes vergrößert sich die Erfolgsaussicht.

Lorenz Papp, Hannover.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiterverband.

Anfang September 1930.

Alle Tendenzen, die auf eine Verschlechterung der Wirtschaftslage hinarbeiten, waren auch im Berichtsjahr in verstärkter Weise wirksam. Anzeichen irgendwelcher Besserung der Wirtschaftslage liegen nicht vor. Sehr pessimistisch ist die Wirtschaftsprognose, die das Institut für Konjunkturforschung in seinem 2. Vierteljahrsheft Ende August veröffentlicht.

„Die deutsche Wirtschaft verharrt in tiefer Depression. Die industrielle Produktion ist um 15 bis 20 v. H. geringer als im Vorjahre. 2,93 Millionen Menschen sind arbeitslos.“

Zum erstenmal seit dem Weltkrieg befindet sich die deutsche Konjunktur in vollem Gleichgewicht mit der weltwirtschaftlichen Industrienkonjunktur. Rückläufige Produktion, rückläufige Preise und wachsende Arbeitslosigkeit kennzeichnen die Lage fast aller Industriestaaten. Mit der industriellen Depression verbinden sich schwere Strukturstörungen der Weltmarktwirtschaft, wodurch die Aufnahmefähigkeit der Rohstoffländer für industrielle Produkte stark vermindert wird.

Außerdem als 1926 bietet deshalb der Export der deutschen Industrie keinerlei Ausgleich: Die Ausfuhr Deutschlands ist sogar mengenmäßig gesunken. Diese Entwicklung ist um so nachteiliger, als der Rückgang im internationalen Preisniveau automatisch eine Erhöhung des Realwerts der Reparationslasten nach sich zieht.

Eine gewisse Erleichterung vermochte die fortschreitende Verflüssigung der Kreditmärkte zu verschaffen. Die Senkung des Kapitalzinses ist aber noch nicht weit genug fortgeschritten, um genügend neue Planungen rentabel erscheinen zu lassen. Eine besondere Erleichterung für die Kapitalversorgung bildet die Vertrauenskrise, die sich im Zusammenhang mit der politischen Entwicklung ergeben hat.

Nach den zur Zeit vorliegenden objektiven Gegebenheiten der Konjunktur jedoch wird sich die mit dem Herbst einsetzende saisonmäßige Zunahme der Arbeitslosigkeit voraussichtlich in voller Höhe auf dem Arbeitsmarkt auswirken.“

Wenn das Institut für Konjunkturforschung „psychologische Antriebskräfte“ zur Wirtschaftsbewertung von der kommenden Finanzreform der Reichsregierung erhofft, so ist der Ausgang der Reichstagswahl bestimmt nicht dazu geneigt, solche Hoffnungen zu nähren.

Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes muß von weiteren Verschlechterungen der Arbeitsmarktlage von den Industrien unseres Verbandes berichten. Insgesamt wurden von der Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes 349 639 männliche, 93 708 weibliche, insgesamt 443 347 Mitglieder, das sind etwa 96 Proz. der Gesamtmitgliedschaft erfaßt. Davon waren 95 528 oder 21,5 v. H. arbeitslos und 70 633 oder 15,9 v. H. arbeiteten verkürzt. Im Vormonat war die Verhältniszahl 19,7 v. H. Arbeitslose und 13,7 v. H. Kurzarbeiter. Die Kurzarbeiter umgerechnet in Vollbeschäftigte waren Ende August 73 v. H. der Mitglieder unseres Verbandes voll beschäftigt gegenüber 90,2 Anfang September 1929. Den Beschäftigungsgrad der einzelnen Industriegruppen unseres Verbandes zeigt folgende Uebersicht:

Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos:

	1930			Ende Juli			Ende August		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
Fabrikarbeiterverband insgesamt	20,1	18,3	19,7	21,8	20,3	21,5			
In der Industrie-gruppe:									
Chemie	14,9	17,8	15,6	15,9	18,3	16,4			
Papier	11,3	14,6	12,0	13,3	16,6	14,0			
Nahrungsmittel	17,4	14,9	16,8	18,7	19,7	19,0			
Spielwaren usw.	36,0	27,7	31,4	37,4	31,1	33,8			
Sonstige Industrien	30,1	21,4	27,8	33,2	24,0	30,8			
Keramischer Bund insgesamt	25,6	19,3	24,5	27,9	22,3	26,9			
a) Porzellan	19,7	16,1	18,3	22,9	19,9	21,8			
b) Glas	27,2	22,0	26,5	28,8	22,6	27,9			
c) Grobkeramik, Baustoffe	26,7	22,5	26,3	29,1	26,4	28,8			

arbeiteten verkürzt:

	1930			Ende Juli			Ende August		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
Fabrikarbeiterverband insgesamt	12,4	13,3	13,7	14,6	20,5	15,9			
In der Industrie-gruppe:									
Chemie	12,1	12,5	13,9	16,5	27,1	18,9			
Papier	17,9	25,2	19,4	21,1	23,5	21,6			
Nahrungsmittel	6,7	3,2	5,9	6,0	9,6	5,5			
Spielwaren usw.	17,3	23,8	22,6	21,3	26,3	24,1			
Sonstige Industrien	6,5	9,9	7,4	8,3	10,6	8,9			
Keramischer Bund insgesamt	12,8	20,1	14,1	14,3	22,4	15,7			
a) Porzellan	33,2	30,7	32,3	37,3	34,3	36,2			
b) Glas	8,8	11,7	9,2	8,3	13,5	9,0			
c) Grobkeramik, Baustoffe	8,4	8,6	8,4	9,8	8,6	9,7			

In allen Industriegruppen unseres Verbandes ist die Arbeitslosigkeit gestiegen. Noch nie dürften ausgesprochene Konjunkturindustrien, wie es die deutsche chemische und Papierindustrie sind, solche hohen Arbeitslosenzahlen gegeben haben. Mit geradezu erschreckender Regelmäßigkeit steigen sie von Monat zu Monat, ein graufames Spiel, was sich fast ununterbrochen seit zwei Jahren wiederholt. Noch weit höher sind die Arbeitslosenzahlen in den keramischen Gruppen. In der Glasindustrie sind 30 Proz., in der feinkeramischen Industrie, wenn die von den Kurzarbeitern verlorene Arbeitszeit in Vollarbeitslosigkeit umgerechnet wird, 34 Proz. Arbeitslose. In der grobkeramischen Industrie und Baustoffindustrie, eine ausgesprochene Saisonindustrie, ist in diesem Jahre am Ende des Hochsommers die Arbeitslosigkeit größer als sonst in den Wintermonaten.

G. R.

Der Arbeitnehmer als Konkurs-Gläubiger. (Schluß.)

7. Wann sind Arbeitnehmer Massegläubiger?

Dem Konkursverwalter treten verschiedene Gruppen von Gläubigern gegenüber. Die Arbeitnehmer werden in der Regel als Masse- und Konkursgläubiger oder aber nur als Massegläubiger oder Konkursgläubiger aufgeführt.

Massegläubiger sind diejenigen Gläubiger, welche aus den in §§ 58, 59 der Konkursordnung bezeichneten Anwendungen und Befreiungen für die Masse Gläubiger geworden sind. Für die Arbeitnehmer kommt der § 59 in Frage, der u. a. bestimmt, daß zu Massegläubigen die Ansprüche zu zählen sind, die aus zweifelhafte Verträgen stammen und deren Erfüllung zur Konkursmasse verlangt wird, oder für die Zeit nach Eröffnung des Verfahrens erfolgen.

Die Arbeitnehmer sind Massegläubiger für die Forderungen der Dienstleistungen, die nach der Konkursöffnung erfolgen. Als Massegläubiger rechnen die Lohnansprüche der Arbeiter und Angestellten seit dem Tage der Konkursöffnung.

Forderungen der Massegläubiger brauchen beim Konkursgericht nicht angemeldet werden, weil die Massegläubiger Begleichung ihrer Forderungen verlangen können, sobald die Fälligkeit eingetreten ist. Kommt der Verwalter der Erfüllung der Forderungen mit dem Eintritt der Fälligkeit nicht nach, so können der Verwalter beim Arbeitsgericht auf Zahlung verklagt und die Forderungen von der Masse vollstreckt werden.

Also die Löhne und Gehälter vom Tage der Konkursöffnung bis zum Tage, an welchem das Dienstverhältnis gekündigt ist, sind Massegläubiger und müssen noch vor den Konkursgläubigern befriedigt werden.

8. Wann sind Arbeitnehmer Konkursgläubiger?

Die Arbeitnehmer sind Konkursgläubiger für diejenigen Forderungen, auf welche sie bei Konkursöffnung einen Vorkaufanspruch und Klagenanspruch gegen den Gemeinschuldner haben. Konkursforderungen sind daher solche Forderungen, die bereits am Tage der Konkursöffnung bestanden.

Die Konkursordnung teilt die Forderungen in sechs Klassen ein, von denen fünf bevorzugt sind.

Das Vorrecht der ersten Klasse genießen die Forderungen aus dem Dienstvertrag. So bestimmt der § 61 der Konkursordnung, daß an erster Stelle, also gegenüber anderen Konkursforderungen bevorzugt sind, d. h. gedeckt werden müssen: Rückständige Forderungen an Lohn, Kostgeld oder anderen Dienstbezügen der Personen, welche sich dem Gemeinschuldner für dessen Haushalt, Wirtschaftsbetrieb oder Erwerbsgeschäft zur Verfügung von Diensten verbunden hatten.

Legen aber die Lohn- oder Gehaltsforderungen vom Tage der Konkursöffnung über ein Jahr zurück, so werden die Forderungen, die vor dem letzten Jahr entstanden sind, nicht als bevorzugt anerkannt und zählen dann zu der letzten Gruppe der Konkursforderungen, nämlich zu den anderen übrigen Konkursforderungen.

Das Vorrecht der ersten Klasse genießen die Dienstboten, Handlungsgehilfen, Handlungsreisende, Gewerbegehilfen, Orchestermitglieder, Schauspieler, Theaterarbeiter, d. h. alle Arbeiter und Angestellte, die in einem Dienst- bzw. Arbeitsvertrag zum Arbeitgeber standen.

Heimarbeiter besitzen ebenfalls das Vorrecht aus § 61 der Konkursordnung, auch wenn sie gelegentlich eigenes Material für ihre Arbeit verwenden und sich als selbständige Unternehmer bezeichnen.

Unter Lohn, Kostgeld und anderen Dienstbezügen des § 61, Abs. 1 der Konkursordnung sind im weitesten Sinne alle Geld- und Naturalleistungen zu verstehen, die der Dienstverpflichtete auf Grund des Dienstvertrags als Gegenleistung für seine Dienste zu beanspruchen hat. Hierunter fällt auch die Urlaubszugewährung (RVO. vom 19. Juni 1929 — RVO. 633/23).

9. Endet mit der Konkursöffnung das Dienstverhältnis?

Es erhebt sich nun die Frage, erlischt mit der Eröffnung des Konkursverfahrens automatisch der vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingegangene Arbeitsvertrag. Auf diese Frage gibt die § 22 der Konkursordnung Antwort, welcher lautet:

„Ein in dem Haushalte, Wirtschaftsbetriebe oder Erwerbsgeschäft des Gemeinschuldners angetretenes Dienstverhältnis kann von jedem Teile gekündigt werden. Die Kündigung ist, falls nicht eine kürzere Frist bedungen war, die gesetzliche.“

Also: Ist ein Arbeitgeber in Konkurs geraten, so ist für ihn die schnelle Lösung der von ihm eingegangenen Arbeitsverträge ausgeschlossen, es muß vielmehr in der nach § 22, Abs. 1 Konkursordnung angegebenen Weise verfahren werden. Was ist aber unter gesetzlicher Kündigungsfrist im Sinne der Bestimmung des § 22, Abs. 1 Konkursordnung zu verstehen?

Kommen als gesetzliche Kündigungsfristen (§§ 626 BGB., 122, 133 a ff. GG., 66 ff. HGB.) nur die auf unmittelbare Staatsgesetzgebung beruhenden Kündigungsfristen in Betracht oder auch die auf Tarifverträgen, als auf dem Akt autonomer Gesetzgebung beruhenden Kündigungsfristen?

Berühmte Arbeitsrechtler, so u. a. auch der verstorbene Prof. Dr. Erdel, Mannheim, sind der Auffassung, die Kündigungsfristen, die etwa auf Tarifverträgen, Arbeitsordnungen beruhen, kommen als gesetzliche Kündigungsfristen nicht in Frage. Schlußfolgerung daraus ist, daß wenn z. B. die Arbeitsordnung für einen gewerblichen Arbeiter eine dreiwöchige Kündigungsfrist vorsieht, der Konkursverwalter sich nicht an diese, sondern an die gesetzliche, an die 14tägige Kündigungsfrist der GG., in anderen Fällen an die des HGB. und des BGB. zu halten braucht.

Die Auffassung Erdels ist aber abzulehnen, vielmehr ist der Auffassung Herzfelds (i. „Arbeitsrecht“ 1926, Sp. 753 ff.) zu-

Nationale und soziale Ausbeutung.

Wie noch nie vorher, ist in dem vergangenen Wahlkampf mit dem Schlagwort von der „nationalen Befreiung“ operiert worden. Auch die Kommunisten haben in ebem Maße mit den Nationalsozialisten in ihrer bekannten Programmklärung die „nationale Befreiung“ der „sozialen Befreiung“ vorgezogen.

Zunächst lohnt es sich einmal, das Gewicht der nationalen und der sozialen Ausbeutung zu messen. Im Durchschnitt zählt das deutsche Volk 2 Milliarden RM jährlich an seine früheren Kriegsgegner. Die beschlagnahmten Schichten aber müssen mindestens 20 Milliarden jährlich an die Besitzenden zahlen, für das Recht zu arbeiten zu dürfen. Das Frongeld der Arbeit an das Kapital ist mehr als zehnmal größer als der Tribut an die Siegerstaaten.

Diese Schätzung der „sozialen Ausbeutung“ ist auf der üblichen Annahme begründet, daß das arbeitslose Einkommen, also das reine Kapitaleinkommen, rund ein Drittel des Gesamteinkommens darstellt. Das deutsche Volkseinkommen wurde amtlich für 1929 auf 70 Milliarden RM geschätzt. In Wirklichkeit dürfte es fast 90 Milliarden betragen haben. Im laufenden Jahr wird es allerdings unter dem Einfluß der Krise um 8—10 Milliarden gesunken sein.

Der Anteil des Kapitals droht durch die stärkere Verwertung von Maschinen und sonstigen Produktionsmitteln noch weiter zu wachsen.

Zwei Milliarden „nationale Ausbeutung“ stehen gegen 20—30 Milliarden „soziale Ausbeutung“. Ohne Zweifel sind die Tribute an das Ausland schwer aufzubringen und lasten auf dem arbeitenden Volk. Das darf uns aber nicht vergessen lassen, wo das Schwergewicht der Ausbeutung liegt.

Das ist der eine Einwand, dem die Jongleure des Schlagwortes „nationale Ausbeutung“ vorsichtig aus dem Wege gehen. Dazu kommt noch die beschriebene Frage: Wie sollen wir uns von unseren Kriegslasten befreien? Freiwillig und aus Vergnügen zahlen wir nicht, sondern wir zahlen, weil wir müssen. Noch hat bis jetzt niemand von denen, die über die „nationale Ausbeutung“ in helle Entrüstung geraten sind, einen einigermaßen vernünftigen und brauchbaren Weg gezeigt, wie es anders zu machen ginge. Was bis jetzt an Vorschlägen und Versuchen aufgetaucht ist, hätte uns mit Sicherheit zu den alten Lasten noch neue unerträglichere auferlegt.

Es gehört ein großer Teil von Intelligenz über auch von politischer Freiheit dazu, der Sozialdemokratie vorzuerufen, daß sie sich nicht genügend um die nationale Befreiung gekümmert habe. Fast alle Erleichterungen unserer Lage, die bestimmt nicht so geringfügig sind, wie sie von unseren politischen Gegnern hingestellt werden, sind auf die Politik der Sozialdemokratie zurückzuführen. Ihr Weg, nämlich die Verständigung der Völker herbeizuführen, hat sich bis jetzt als der richtige und einzig mögliche erwiesen. Nur in dieser Richtung kann ein weiterer Fortschritt gemacht werden. Der andere Weg bedeutet Krieg, den wir nicht führen können, weil uns alle Mittel fehlen, den wir nicht führen dürfen, weil er ein Verbrechen an unserem Volk und an der Menschheit wäre.

Den bisherigen Erfolg der Verständigungspolitik lassen uns folgende Zahlen erkennen: Der Wert unserer Reparationslast, das heißt die Summe, durch deren einmalige und sofortige Zahlung die Reparationslast gekündigt wäre, betrug dem Londoner Abkommen 132 Milliarden RM, nach dem Young-Plan rund 35 Milliarden RM. Auch der Young-Plan wird noch nicht die letzte Regelung der Reparationsfrage sein, sondern wenn es nötig ist, irgendeinem neuen Plane weichen.

Es kommt hinzu, daß die Verständigungspolitik zu einer vorzeitigen Räumung der Rheinlande geführt hat und wahrscheinlich auch eine frühere Rückgabe des Saargebietes erfolgen wird.

Von besonderer Bedeutung ist die Frage, ob unsere Reparationsleistung an der gegenwärtigen fünfjährigen Krise in Deutschland schuld ist. Sowohl die Faschisten von Hitler bis zu Eugen Berg und Selbde wie die Kommunisten behaupten, daß wir unter der Young-Plan-Last zusammengebrochen wären. In Wirklichkeit hat die gegenwärtige Weltwirtschafts-

Krise mit den Reparationsleistungen nichts zu tun. Sie ist ausgebrochen in den Vereinigten Staaten. Sie umfaßt sowohl zahlende als empfangende Länder, und sie hat im wesentlichen nur Frankreich verschont. Zweifellos sind auch die Reparationsleistungen viel zu gering, um einen entscheidenden Einfluß auf die Weltwirtschaft ausüben zu können.

Die 2 Milliarden Young-Plan-Leistungen betragen 2 bis 3 Proz. des deutschen Volkseinkommens. Eine Krise löst uns wesentlich mehr, und ihre Ursachen sind ganz woanders zu suchen. Die Planlosigkeit der kapitalistischen Produktion und der gewaltige Umfang der sozialen Ausbeutung tragen die Schuld an der Krise, zu denen die Reparationsleistungen höchstens verschärfend hinzutreten.

Die Arbeiterschaft brauchte sich um die künstlich gemachte Aufregung über die „nationale Verfallung“ nicht zu kümmern. Sie mußte wissen, wie häufig unter dem Deckmantel der „nationalen Belange“ die schmutzigsten Geschäfte gemacht wurden, sie mußte wissen, daß es sich entweder um irrsinnige Katastrophenspolitik oder um Ablenkungsmanöver handelt. Sie darf sich auch nicht darin betreten lassen, ihren bisherigen Weg weiterzugehen.

Der große nordfranzösische Streik.

Paris, Mitte September 1930.

Am 26. Dezember 1920 trennten sich Sozialisten und Kommunisten auf dem französischen sozialistischen Parteitag in der Stadt Tours, und ein Jahr später kam auch die Spaltung in den Gewerkschaften, so daß es in Frankreich noch heute einen sozialistischen und einen kommunistischen Gewerkschaftsbund gibt.

Seit jener Spaltung des Jahres 1921 brach jetzt der erste größere Streik aus, der schon allein infolge dieser Tatsache eine prinzipielle Bedeutung hatte.

Einen Monat und zwanzig Tage währte dieser Streik von über 100 000 Arbeitern der Textil-, und zu einem kleinen Teil auch der Metallindustrie in Nordfrankreich bei Lille, Roubaix und Tourcoing. Am Ende des Streiks waren immer noch 60 000 Arbeiter außerhalb der Fabriken. Wenn sich die Zahl der Streikenden im Laufe dieser sieben Wochen vermindert hat, so ist das vor allem darauf zurückzuführen, daß der Gewerkschaftsbund die Parole herausgegeben hatte, daß die Arbeiter in

den Fabriken, deren Besitzer die Arbeiterforderungen bereits anerkannt hatten, die Arbeit wieder aufnehmen sollten. Der kommunistische Gewerkschaftsbund dagegen drängte zum Generalstreik.

Am 1. Juli waren in Frankreich die Sozialversicherungen eingeführt worden, durch die der Arbeitgeber und -nehmer 4 Proz. des Lohnes in die Versicherungskasse zu zahlen haben, und so mußte sich da, wo ohnehin schon lange auf eine Lohn-erhöhung gewartet wurde, die Notwendigkeit einer Milderung der Arbeitsbedingungen besonders fühlbar machen.

Die Arbeitgeber stimmten der Lohn-erhöhung durchaus zu, aber unter Führung des Herrn Ley, des Direktors des französischen Textilindustriellen, regten sie an, daß die Auszahlung der Lohn-erhöhung nur in Form einer „Treu-erprämie“ am Ende des Jahres für den Arbeiter stattfinden solle, der ohne Unterbrechung, also ohne auch nur einen Tag zu streiken und ohne an der Waise teilzunehmen, ein Jahr lang in derselben Fabrik verharre. Die Arbeitgeber sagten zur Begründung, das sei nur eine Vorsichtsmaßnahme, damit die Arbeiter nicht bei dem in Frankreich herrschenden Arbeitermangel dauernd ohne Rücksicht auf die Produktion ihre Fabriken wechseln, und eine Maßnahme auch dagegen, daß sich die Arbeitgeber die Arbeiter gegenseitig ausmitleien. „Wir wollen nicht die Opfer erster Konkurrenz sein!“ erwiderten darauf die Arbeiter, und sie lehnten die „Treu-erprämie“ ab.

Die Arbeitgeber dachten, der Streik würde höchstens 10 bis 15 Tage dauern können und dann schnell zusammenbrechen müssen. Sie irrten sich.

Darauf schlugen die Arbeitgeber vor, die „Treu-erprämie“ solle „Ausbauer-erprämie“ genannt werden, weil das Wort „Treu“ zu sehr an hünchliche Eigenschaften erinnere, und eine aus Arbeitgebern und -nehmern zusammengesetzte Kommission solle unter Vorsitz eines Arbeitsinspektors eventuelle Arbeitskonflikte regeln.

Wiederum lehnten die Arbeiter ab, da die „Treu-erprämie“ unter anderem Namen immer noch aufrechterhalten würde. So schritten die Arbeitgeber zu der Konzeption, die Treu-erprämie nicht nur automatisch (und nicht lediglich auf besonderes Verlangen) auszahlen zu wollen, sondern sie auch dann zuzuerkennen, wenn gestreikt wurde. Dadurch hatten die Arbeitgeber das Streikrecht anerkannt.

Aber auch hiermit begnügten sich die Arbeiter nicht. Das ganze System der Treu-erprämie muß geändert werden, und man verabredete schließlich nach sieben Wochen Streik: Arbeiter, die während einer einjährigen Probezeit in die Fabrik eintreten, erhalten am Ende eines Jahres eine Prozentige Lohn-erhöhung. Wer mehr als ein Jahr in der Fabrik ist, erhält die Lohn-erhöhung jede Woche ausbezahlt. „In dem Maße, in dem bei einem Streik gegen eine so mächtige Industrie ein Sieg überhaupt erreicht werden konnte, ist er erreicht worden“, sagte mir Joeben Leon Jouhaux, der Führer der französischen freien Gewerkschaften, darüber in Genf, als ich ihn nach seinem Einbruch von dem Resultat des Streiks fragte; und er fügte hinzu: „Wir haben durchgesetzt, daß die Arbeiter ihren Beitrag zu den Sozialversicherungen selbst zahlen, und dazu ist stand gesetzt worden, daß die Prämie nur bei einer einjährigen Probezeit in Anwendung kommt, daß sie in den Lohn einbezogen wird, daß die Arbeitgeber ihr Reglement aufheben mußten, daß sie gezwungen wurden, unser Streikrecht anzuerkennen, und daß sie schließlich auch die Gewerkschaftsorganisation anerkennen mußten. Dieser Streik hat bestimmt mit einem Sieg unserer Arbeiterforderungen geendet.“

Kurt Lenz.

Weltarbeitslosigkeit.

Noch niemals dürfte die Arbeitslosigkeit einen solchen Stand erreicht haben wie gegenwärtig. Die Zahl der Arbeitslosen insgesamt wird auf 11 Millionen geschätzt. Mitte 1929 wurden rund 5 Millionen gezählt. Zu den Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit zählen: die Vereinigten Staaten, Deutschland, England, Italien, Polen, Desterreich, Norwegen und Australien. Diese Länder zusammen hatten im Juni dieses Jahres 10,3 Millionen Arbeitslose. Eine außerordentlich geringe Arbeitslosigkeit hat Frankreich, Neuseeland, Finnland und die östlichen Nordstaaten. Nur 23 000 Arbeitslose wurden hier gezählt. Die übrigen Länder zählen zu der Gruppe, die eine mittlere Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hat. An der Spitze sämtlicher Staaten stehen die Vereinigten Staaten mit rund 5 Millionen Arbeitslosen nach der Statistik des amerikanischen Gewerkschaftsbundes. Merkmale zu einer wesentlichen Belebung der Arbeitsmärkte liegen nicht vor.



Rationalisierung und Arbeitsverhältnisse in der Glasindustrie.

Referat des Kollegen Krebs auf dem Internationalen Glasarbeiter-Kongress in Stockholm. (21.—25. August 1930.)

Die mannigfaltigen Verwendungsmöglichkeiten für Glas haben in der ganzen Welt eine reich gegliederte Glasindustrie ins Leben gerufen. Durch die Eigenart und Natur in der Glasherstellung besteht seit der industriellen Entwicklung das starke Bestreben zur wirtschaftlich vertikalsten Kombination: Vom Sandhorn über Rohle bis zum Fertigfabrikat beherrscht das Kapital in allen Ländern in der Glasindustrie im allgemeinen die Produktion. Den gesteigerten Anforderungen an Glaswaren am Weltmarkt folgte man vor allem im letzten Jahrzehnt durch scharf durchgeführte Rationalisierungsmaßnahmen.

Selten ist ein Industriezweig der Welt so schnell mechanisiert und überationalisiert worden wie die Glasherstellung. Leider experimentierte man dabei, ohne die Belange der bodenständigen Industrie, der Arbeiter, der Volks- und Weltwirtschaft zu beachten. Man rationalisierte, reorganisierte, mechanisierte und fabrizierte in Massen, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, wo die gesteigerte Produktion Aufnahme finden konnte. Gelegentliche Fehlschläge im Technisierungsstadium konnten keinen Einhalt gebieten; im Gegenteil durch Verbindungen am internationalen Kapitalmarkt industrialisierte man noch die Staaten, die keine ausschlaggebende Glasindustrie besaßen, ohne zu beachten, daß dabei die Absatzbasis im allgemeinen immer geringer werden muß. Wie in anderen Zweigen der Großindustrie hat die Glasindustrie der Welt im Augenblick nur Augen für den Produktionsprozeß, nicht aber für einen gesunden Abfall.

Sollprotektionismus der einzelnen Länder soll den notwendigen Schutz für die Industrie und den notwendigen Absatz im Inland bringen.

Die bekannten Mechanisierungserscheinungen und die Freistellung gelernter Facharbeitskräfte zeigten sich vor allem in der Flaschen- und Fensterglasindustrie. Manuelle Arbeit erfolgt in diesen Gruppen im allgemeinen nur noch zur Herstellung von Spezialitäten; auch die Hohlglasindustrie, ja selbst die Veredelungsindustrie ist von der Rationalisierung und den Folgen der Technisierung nicht verschont geblieben.

Ein starker Anstoß zur Rationalisierung und Mechanisierung in der Glasherstellung war für die Kapitalisten die Herabsetzung der Lohnquote. Wo früher oftmals drei bis vier Arbeiter in den Werkstätten manuell arbeiteten und für individuelle Qualitätsleistung bezahlt werden mußten, stellt man heute einen oder höchstens zwei angeleitete Arbeiter zur Erledigung und Ueberwachung des Arbeitsvorganges hin und erzielt trotzdem Leistungssteigerungen in ungeahntem Ausmaß. Die Vorgänge der deutschen Rationalisierung und Mechanisierung in der Glasherstellung bitte ich, aus der Anlage D zu entnehmen. Aus diesem Vortrag, gehalten auf der letzten Branchentagung der deutschen Glasarbeiter in Leipzig 1928, wird der Stand der deutschen Glasindustrie erkenntlich. Weitere Fortschritte in der Mechanisierung haben in den letzten Jahren hauptsächlich die Glühbirnenherstellung sowie die mechanische Fensterglasindustrie zu verzeichnen. Bei der letzteren Industrie-gruppe arbeitet im Fourcault-System schon ein Betrieb zur Herstellung von Milchglas bzw. einfarbigem Flachglasern. (Weißwasser.)

Es wäre in diesem Kreis müßig, auf die einzelnen Arbeitsverfahren in der mechanischen Glasherstellung und die erreichten Produktionszahlen hinzuweisen, da ja, wie bereits erwähnt, die starke internationale Kapitalverflechtung fast überall Verständigung auch bei etwaigen Lizenzstreitigkeiten bei der Auswertung von Patenten in der Glasindustrie finden ließ, so daß wir heute in fast allen glasherstellenden Ländern gleiche Arten in der Produktion und gleiche Maschinentypen laufen haben, in der Flaschenindustrie neben der geringen Handarbeit hauptsächlich die Owens-, Hillmann-, Noirant-, Lynch-, O'Neill-, Schiller-, Kutsch-, der Severin-Maschine.

In der Tafelglaserzeugung arbeitet Amerika hauptsächlich noch im Lubber-Verfahren (Ziehen der Scheiben in Zylinderform), sowie im Bibbey-Owens-Verfahren. Europa im Bibbey-Owens- und Fourcault-Verfahren und zur Herstellung von Spezialgläsern wie Ueberfarbengläser und Gläser zu photographischen Zwecken noch teilweise in Handarbeit.

In der Spiegelkristallglasindustrie ist das St. Gobain-Verfahren neben dem noch nicht einwandfrei arbeitenden Ford-Verfahren das rationellste. Qualitäts-scheiben werden nach wie vor im periodischen Ofen geschmolzen und später manuell gegossen.

Ueberragend arbeitet in der Hohlglasindustrie die West-Lafe-Maschine zur Herstellung von Rollen und einfachen Wirtschaftsglasartikeln. Mit ihren 12—24 Weifen und 2—4 Fing-

armen komm. diese Maschinenarbeit der Handarbeit des Glasmachers am nächsten. Die Danner-Maschine zur Herstellung von Röhren ist in allen glasherstellenden Ländern bekannt. In der Wirtschaftsglasindustrie arbeiten mindestens 20 verschiedene Breisen und Pressblasmaschinen. In dieser Industrie-gruppe spielen Einzelerfindungen und Auswertungen in den Betrieben noch eine große Rolle. Jeder Betrieb hütet ängstlich seine Erfahrungen und Verbesserungen an einzelnen Pressblas- und Schleifmaschinen.

Eine wichtige Erscheinung der Rationalisierung und Mechanisierung ist ohne Zweifel die Normung und Typisierung in der Glasproduktion. Infolge der Ausschaltung der manuellen Arbeit und der ungeheuren Investitionen in den Betrieben durch technische Ausgestaltung will man zur höchsten Ausnutzung der vorhandenen Anlagen kommen. Dies erreicht man in erster Linie durch ununterbrochener Gang der Wannen und Maschinen mit möglichst geringem Formenwechsel und Herstellung von einheitlichen Typen. Amerika ist auch in dieser Hinsicht wieder Schrittmacher. Beim europäischen Konsumenten kann sich nur langsam die Verwirklichung des Normen-Gedankens und so auch die Vereinheitlichung der Glaswaren durchsetzen. Wir finden deshalb in der europäischen Weißglasindustrie heute noch rund 20 000 Artikel, in der Großflächenerzeugung 8000 und in der Kleinglasfabrikation 15 000 Sorten vor.

Die große wirtschaftliche Konzentration mit der Rationalisierung und Technisierung der Glasindustrie hat die Arbeiterschaft oftmals vor schwere Aufgaben gestellt. Von der handwerksmäßigen Erzeugung und dem teilsweisen Loskommen vom langjährig gelernten Beruf zur Massenfabrikation und Maschinenarbeit war ein weiter und schwerer Weg. Die Gründe hierfür dürfen psychologisch verständlich sein. Vom periodischen Betrieb (den wir jetzt nur noch hauptsächlich in der Weiß- und Spiegelglasfabrikation vorfinden) ging es in Schmelz- und Arbeitsprozeß zum kontinuierlichen Wannenbetrieb, von der Landhütte zum Groß-Konzern. Daß die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit sich oftmals bei all den Neuerungen und Umwälzungen nicht freundschaftlich gegenüberstanden, dürfte dabei begreiflich erscheinen. Im härtesten Kampf wurde gegenseitig um die Erfolge der neuen Zeit gerungen.

Die Landesgewerkschaften sowie die Internationale der Glasarbeiter haben sich im letzten Jahrzehnt auf fast allen ihren Tagungen mit dem Problem der Rationalisierung und Mechanisierung der Glasherstellung infolge der tief einschneidenden Wirkungen für die Arbeiter beschäftigten müssen, galt es doch, durch Feststellungen und Durchführung geeigneter Beschlüsse Anteil zu nehmen und Schutz der bedrohten Arbeiterschaft zu bringen. Die Internationale hat in der Nachkriegszeit in 9 Sitzungen nicht nur problematisch die Fragen zu behandeln verstanden, sondern es sind durch geeignete Vorschläge bei Landesregierungen und dem Internationalen Arbeitsamt in Genf positive Erfolge für die Glasarbeiter-schaft zu buchen gewesen.

Auch der heutige Kongress beweist mit diesem Tagesordnungs-punkt, daß er an so wichtigen Angelegenheiten für die Glasarbeiter der Welt nicht vorübergehen kann. Er will und muß mit mir untersuchen, wie wir zur Weiterentwicklung der Rationalisierung und Mechanisierung der Glasindustrie stehen. Da wäre grundsätzlich wohl auf die Beschlüsse von Prag, Paris und Köln hinzuweisen. Daß diese Beschlüsse richtig waren und noch sind, hat die Zeit uns gelehrt. Es ist die Frage zu stellen, hat weitere Rationalisierung und Mechanisierung einen Zweck, und können wir derartige Vorgänge als Arbeiterklasse überhaupt ertragen? Als Antwort ist zu setzen: Solange es Ingenieure, Techniker, Arbeiter und Fortschritt gibt, solange wird der Geist zu neuen Konstruktionen naturnotwendig drängen, vielen zum Nutzen, manchen zum Schaden. Da die Glaserzeugung seit ihrer Erfindung zum Nutzen der Menschheit sich auszuwerten ließ, ja Leben ohne Glas nicht mehr denkbar ist, deshalb haben wir als Sozialisten der höchsten Stufe der Volksvollkommenheit in unserer Industrie zuzustreben, allerdings unter Beachtung geordneter Verhältnisse für die Arbeiterschaft, vor allen Dingen hierbei durch Reorganisation des Arbeitsmarktes und der Festlegung kürzerer Arbeitszeiten und günstigen Tarifbedingungen, sowie gerechten Anteil am Arbeits-ertrag.

Die Einstellung der Glasarbeiter-schaft, der Landesorga-nisationen und der Internationale kann nicht Resignation

sein. Wir müssen jetzt schon mehr Einfluß gewinnen und dürfen nicht beiseitegehen, wenn über unser Schicksal und das Schicksal hunderttausender Glasarbeiter durch Neuerungen entschieden wird. Wir haben die Pflicht, recht wachsam zu sein, zumal die Art des Produktes bei der Herstellung und bei der Verwendung von Glas jetzt schon erkennen läßt, daß die Arbeiterschaft der Glasindustrie trotz aller technischen Neuerungen qualifiziertere und geübtere Arbeitskraft bleiben wird. Unser wachgerufenes Selbstbewußtsein muß uns dazu bringen, daß weitere Rationalisierungs- und Mechanisierungserfolge Angelegenheiten der Arbeiterklasse werden müssen, und zwar zur Erreichung eines höheren Lebensstandards, und somit zur weiteren kulturellen Auf- und Aufstiege. (Schluß folgt.)

Konstein.

Wie rücksichtslos und brutal das Unternehmertum heute vorgeht, möchten wir durch nachfolgende Zeilen beweisen. Am 4. September hat die Bayer. Glashütten A.-G. Konstein ihren zweiten Ofen wieder in Betrieb gesetzt. Nun herrscht bei uns dauernd Mangel an Einträgern. Man ist mit dem Erzeugen an alle abgediente Kollegen herangetreten, das Eintragen zu übernehmen. Ein besonders trauriger Fall ist es bei unserem Kollegen Wechsler. Derselbe ist 68 Jahre alt. Im Vorjahr wurde er wegen zu hohen Alters, und weil man ihn nicht mehr brauchte, entlassen. Zum Eintragen wäre er gut genug gewesen. Wer nun einigermassen Einblick in die Verhältnisse einer Glashütte hat, der muß sagen, daß dies für einen alten Menschen nicht mehr möglich ist. Unser Kollege Wechsler hat auch der Firma die ablehnende Antwort gegeben. Man würde nun denken, daß die Firma auch soviel Verständnis an den Tag gelegt hätte, daß dies wirklich nicht mehr möglich ist. Ihrer Unverträglichkeit lekte aber die Firma noch die Krone auf, indem sie ihm einen Entlassungsschein schrieb, auf Grund dessen ihm die paar Pfennige Arbeitslosenunterstützung auch noch entzogen werden. Demnahe ein halbes Jahrhundert hat er der Firma treu und redlich gedient. Als Dank dafür bringt man ihn in seinen alten Tagen um die paar Groschen, die er noch zu beziehen hätte. Die Firma glaubt anscheinend, daß die jegliche schlechte wirtschaftliche Lage Mitleidigkeit unter der Arbeiterschaft hervorruft wird, damit sie ihr als billige und willige Ausbeutungsobjekte dienen sollen. Sie soll sich nicht täuschen; wenn auch die wirtschaftliche Lage heute gerade nicht rosig ist, unseren alten Kampfgeist werden wir nicht aufgeben. Mag das Unternehmertum noch so großen Druck auszuüben versuchen. Die Arbeiterbewegung, organisiert, sie läßt sich nicht mehr aufhalten. Alle uns noch fernstehenden Arbeitskollegen mögen aber an obiger Handlungsweise des Unternehmens erkennen, wie alte Arbeiter, nachdem sie bis zum letzten ausgepreßt sind, behandelt werden. Nur eine starke gewerkschaftliche Organisation wird solche Behandlungsweise in Zukunft unmöglich machen können. Deshalb ist es Pflicht aller noch fernstehenden Arbeitskollegen, für Stärkung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramik-er Bund, zu sorgen.

Stellungnahme zur Normung der Weinflaschen.

Der Verband Mitteldeutscher Industrie und Handelskammern hielt unter dem Vorsitz von Geh. Kommerzienrat Dr. Rudolf Werdt-Magdeburg eine Präsidialkonferenz ab, die sich u. a. auch mit der Frage der Normung der Weinflaschen beschäftigte. Die Konferenz beschloß, auf eine Beschleunigung der bereits seit einigen Jahren auf ihre Anregung beruhenen Normung der Weinflaschen hinzuwirken. Der Verband Mitteldeutscher Industrie- und Handelskammern legt um so größeren Wert darauf, daß die Normung, die im Interesse der Käufer und der Verbraucher liegt, nicht mehr lange auf sich warten läßt, weil eine Normung um so schwieriger durchführbar sein wird, je mehr sich der Mißstand, daß Flaschen von ganz verschiedenem Fassungsvermögen in den Verkehr kommen, eingebürgert hat. Da es dem Verband Mitteldeutscher Industrie- und Handelskammern darum zu tun ist, daß überhaupt eine Normung erfolgt, erklärte sich die Konferenz auch damit einverstanden, daß die genormten Flaschen einen Inhalt von 0,70 Liter haben. Die Forderung des Verbandes, daß von einem bestimmten Zeitpunkt ab Weine nur noch in Flaschen der genormten Art in den Verkehr gebracht werden dürfen, ist so zu verstehen, daß Weine aus einem Jahrgang, der nach diesem Zeitpunkt, also z. B. nach 1940 liegt, nur noch in genormten Flaschen verkauft werden dürfen, während Weine eines älteren, also vor diesem Zeitpunkt liegenden Jahrganges noch in den alten, nicht genormten Flaschen abgesetzt werden können.

Offiziell werden die Arbeiter und ihre Organisationen auch bald einmal bei so wichtigen Fragen der Produktionsumstellung gehört werden.



Einige andere Beobachtungen.

Die feinkeramische Industrie Deutschlands präsentiert sich in ihrer ganzen vielseitigen Entfaltung und Pracht auf den Leipziger Messen. Dort kann man eingehend beobachten, wie sich die Werke mit den Zeitverhältnissen weiter entwickeln, was sie zu leisten imstande sind, welchen Anregungen sie folgen, ob sie selbst schaffen oder nachahmen, ob sie eigene Gestaltungskraft besitzen oder ob sie sich fremde kaufen müssen, und was sonst mit ihnen los ist. Musterlager und Ausstellungen der Fabriken bieten gewöhnlich eine Uebersicht über jahrzehntelanges Arbeiten, und man hat fast die ganze feinkeramische Industrie als Sammelwerk vor sich. Die paar fehlenden Fabriken müssen sich ja in ähnlichen Rahmen mit ihrer Erzeugung bewegen.

Das letzte Jahrzehnt war wohl eine der lebendigsten Epochen in der feinkeramischen Industrie und brachte so viele Umgestaltungen in Form und Dekoration wie selten eine Zeit. Dabei war der Zeitgeschmack dem Porzellan und Steingut gar nicht so günstig wie etwa der des Barocks, der Renaissance oder des Empires und doch wurde soviel keramisch neuerschaffen und neugeteilt, daß es Worte der Anerkennung verdient, was an keramischen Leistungen in den letzten zehn Jahren vollbracht wurde. Mit Freude erfüllt es einem immer wieder, wenn man in die fast völlig anders gestalteten und ausgestatteten Musterlager der Steingutfabriken kommt. Dort sprudelt es nur so von Leben, dort stehen von Messe zu Messe Neuheiten in Fülle und Fülle, gute und schlechte. Damit soll keineswegs das gute Alte herabgesetzt werden, o nein, dessen Wert und Güte bleibt, und man kann es verstehen, wenn mancher Steingutfabrikant seinem guten Alten eine Träne nachweint. In den Ausstellungsräumen ist zu sehen, daß in den letzten Jahren eine große, eine umfangreiche, eine aufreibende, aber auch herzerfrischende Arbeit geleistet worden ist vom Direktor, Künstler, Modelleur, Musterhalter bis zum gewöhnlichsten Arbeiter und der einfachsten Arbeiterin. Die reinste Geheißarbeit muß es manchmal gewesen sein, aber geschafft wurde es. In diesem Zusammenhang muß auch einmal ausgesprochen werden, daß viele Anregungen für die Steingutindustrie von den Kunstgewerblerinnen kamen, die zu stolz waren und zu stolz sind, Arbeiterinnen zu sein, die sich nicht organisierten und die doch genau so wie Arbeiterinnen ausgebeutet wurden und werden, ohne daß sie das erkennen. Denen ist die Steingutindustrie dank schuldig; denn sie haben ihr mit vorwärts geholfen, sie haben sie mit auf die Höhe gebracht, auf der heute fast alle Steingutfabriken, selbst die konservativsten, stehen.

Die große Sturm- und Drangperiode der Steingutindustrie scheint nun etwas abgeklungen. Anzeichen machen sich schon bemerkbar, daß nicht mehr bei jeder Messe etwas Neues gebracht werden muß. Allmählich darf das Tempo schon ruhiger werden. In der Formgebung ist bereits ein ruhigerer Zustand eingetreten und in der Markt beherrschenden Spritzdekorafion können auch schon Stillstandserscheinungen beobachtet werden, weil alles einmal seine Grenzen hat. Einige Fabriken haben das erkannt und verbinden Handarbeitsdekor mit Spritzdekor, und eine Steingutfabrik brachte bereits geblütigte Handarbeiten heraus, kommt also vom Spritzdekor schon ab. Das ist der richtige Weg, der allmählich wieder zur Handarbeit und zu einem langjameren Entwicklungsstadium führt. Deshalb behält jedoch der Spritzdekor in der Steingutindustrie seine

Geltung noch auf Jahre hinaus. So große Bedeutung er auch in der Steingutindustrie erlangte, so wenig konnte ihn die Porzellanindustrie anwenden. Die paar Porzellanfabriken, die ihn anwandten, sind schon fast am Ende ihres Könnens mit ihm. Für Porzellanfabriken ist der Spritzdekor nicht besonders geeignet, diese Wahrnehmung kann man jetzt schon machen.

Die Steingutindustrie hat auf dem keramischen Gebiet Bewundernswertes geleistet. Sie regte damit die Steingutindustrie und das Töpfergewerbe außerordentlich an — sogar das keramische Kunstgewerbe profitierte viel davon — und wer die Musterlager der Würzger, Freyener, Bunsauer und Höhr-Grenghausener Unternehmer anschaut, wird diese Behauptung bestärkt finden.

Diese Anerkennung muß einmal der Steingutindustrie, d. h. Arbeiterkraft, Angestelltenkraft, Unternehmertum und den Künstlern ausgesprochen werden.

Die Steingutindustrie hätte sich kunstkeramisch jedoch auch nicht so rückartig umstellen und erneuern können, wenn sie bei der alten Gebrauchsgeschirrbereitung geblieben wäre, die Wandlung ist mit darauf zurückzuführen, daß die Biergegenstände und Geschenkartikel aller Art in die Fabrikation aufgenommen wurden. Dadurch war keramisch eine größere Entfaltungsbasis geschaffen als bei Glasgarnituren, Tellern, Salattieren und Servicen. Diese Gelegenheit wurde reichlich ausgenutzt.

Von der Porzellanindustrie ein anderes Mal.

Die Kunstgewerbeausstellung im Neuen Grassimuseum, so weit das handwerklich keramische Kunstgewerbe in Frage kommt, gibt mir noch Unlust, einige Bemerkungen allgemeiner Art zu machen. Ich dachte, in der Kunstgewerbeausstellung seien Wunder von keramischen Arbeiten zu sehen, weil ja auch die Kunstabteilungen einiger Steingutfabriken (Uffrecht, Osterwerda, Veltin, Vordamm, Martwig und Karlruhe) dort ausstellten. Ich muß aber gestehen, daß ich mich enttäuscht fühlte. Wohl gab es sehr schöne neue (uralte) Formen und Dekorationen, aber vom Hauptschlag der Kunstgewerbe, vom Skalese (gesprungene Glasur) war ich nicht beindruckt. Es wird wohl fünf oder sechs Jahre her sein, da brachte die königliche Porzellanmanufaktur Kopenhagen ihre ersten Skalesemuster auf den Markt und auf der Herbstmesse zeigt es die Kunstkeramik in fast allen Ständen mit als Neuheit. Das erscheint mir etwas spät, noch dazu, wo sich einige Steingutfabriken auch seit Jahren darin versuchen. Ich bin nun gespannt, ob Skalese die große kunstkeramische Mode wird, wie es bei den Kunstgewerbern den Anschein hatte.

In einem Münchener Stand waren auch einige Porzellan-, Mokka- und Gedeckstassen ausgestellt, die sehr stümperhaft bemalt waren. Ich kam es vor, als sollte die Unkenntnis der Porzellanfarbentechnik kunstkeramisches Wirken sein. Eine ähnliche Erscheinung hatte ich schon bei den kunstgewerblichen Arbeiten einer Porzellanfabrik wahrgenommen. Zum kunstkeramischen Arbeiten in der Porzellanindustrie gehört eben etwas mehr keramisches Wissen und Können, als es junge Kunstgewerber besitzen. Das Porzellan verlangt mehr Vollkommenheit beim Schaffen. Der Ideenreichtum allein genügt da nicht. Edwin Kenninger.

„2 Millionen Volt!“

Porzellanisolatoren, hoch oben an gigantischen Eisenkonstruktionen hängend, tragen die Leiter des elektrischen Stromes quer durch das Land; über Berge und Täler, Flüßläufe und Gebirge. Vorhin, wo Rajahinen der Antreibekraft harren; wo Menschenklaven gezwungen die Nacht zum Tage machend dem Moloch Kapital Ironen müssen; wo Parasiten am Körper der arbeitenden Menschheit in maroffend in Wars und Kneipen ihr Leben verbummeln; wo Stars an der Leitwand flimmernd oder auf der Bühne tänzelnd dem Publikum eine andere Welt vorkauften. Dahin muß die Wunderkraft Elektrizität geleitet werden, ohne daß sie sich vorher mit dem Mutterchose Erde unheilbringend verbindet. Kettenisolatoren, Wind und Wetter, Sturm, Wellenbrüchen und Blitzen, tropischer Hitze und polarer Kälte ausgesetzt, sind Beschützer aller Lebensweisen vor der Regen — aber auch Tod — bringenden Kraft. Sägere, verläßliche Träger der Leitungen.

Von grübelnden Menschenhirnen erdacht, geschaffen von hienenscheinigen Arbeiterhänden aus Urstoffen der Erde, durch Glühbirne zu ungeahnter Festigkeit gebrannt, sind die porzellanenen Isolatoren zum letzten Versuch in elektrischen Prüfungen gelangt. Tief, breit und hoch, ohne jegliches Fenster, aber taghell erleuchtet dehnt sich die Halle, Apparate und Konstruktionen, spiegelblanke Kupferkugeln tragend, systematisch verbunden durch Kupferdrähte, sind im Raume verteilt. Ein Kran aus Eisenarbeiten, die Isolatorenteile führend, schwebt nahe der Decke. Apparate, Konstruktionen, Kran, alle reguliert und bedient vom Stand des Prüfingenieurs. Eine marmorne Schallanlage mit vielen Schallöffnungen und Nadelgriffen.

Atemberaubende Stille ist mit dem Erscheinen der Beleuchtung eingetreten. Stierig saugen die lichtsuchenden Augen das matte Rot der Signallampen. Da fängt es an zu summen, genau so, als wenn eine große Fliege an den Ohren vorbei brummt. Immer stärker und stärker schwillt er an. Die Drähte glühn wie phosphoreszierende Glühwürmer auf. Ganz deutlich kann man ihren Lauf verfolgen, wie er auf einmal mit broches wird, durch irgend etwas, und nach ein paar Minuten wieder weiterfährt. Das Summen ist zum Heulen einer Sirene geworden. Da — ein grellschillernder Funke schlägt auf. Taghell. Ein Donner gellt. — Wieder das heulende Geräusch des Stromes in den Drähten. Funke — Schlag — Hi — Donner — Blitz — Donner. Immer stärker, fetter, lauter und eindringlicher wecheln rasend Blitz und Donner. Die Halle zum Bersten mit Donnerstößen füllend. — „Stiß an! — Licht flammt auf. Grabesache. 12 Millionen Volt!“ Eine Million zweihunderttausend Volt sind durch die Leitung gerast. Noch einmal das gleiche grandiose Schauspiel. Ein Blitz, ein Donner, Blitz und noch machend, erschütter die Halle. Die notwendige Spannung ist erreicht. 2 Millionen Volt! Die Isolatoren werden mit der Stromleitung verbunden. Funke auf Funke, zu Blitzen werdend, sausen Schlag auf Schlag erblühensartig mit ungewaltiger Kraft auf die einzelnen Isolatoren. Ganz deutlich erkennbar. Raum wagt man zu atmen. Es schauert. Ist es Furcht vor dieser von Menschenhänden geschaffenen Kammer? Ist es Ehrfurcht vor den Menschen, denen dieses gelang? Die Stromzufuhr wird verpöckelt. Das Porzellan brennt nicht. Schlag für Schlag leitet es langsam ab in die Luft.

Projiziert den metallenen Kern. Die schlagenden Blitze sind Flammen geworden. Grellschillernde Flammenklippen lösgelöst jähden hinweg vom Isolator. Dämmenhaft geistern sie hoch. Herab und flattern kammernde Donner. Eine Wand wirft sie gegen die andere. Die ganze Halleatmosphäre schwingt sichtbar. Man glaubt selbst, von innen und außen unter unbeschreiblichem Druck stehend, mitzuschwingen. Wieder schneit

eine Flamme hinweg. Deutlich zeigen ihre gebundenen scharfgezeichneten Konturen, daß eine gewaltige Spannung, eine große Energiemenge sie enthält. Eindringlicher noch hört man das. Kein abgehafter Donnererschlag. Je nach den Bewegungen der Flamme, größer oder kleiner werdend, zieht auch bald ohnmächtig klagen, halb wilbauseulend oder je bestend der Schall durch den Raum. Vor dem geistigen Auge verbunkelt es sich. Der Regen ergießt sich in Strömen aus den zerrissenen Wollen. Stürzt in Siebächen durch die Straßen; bringt in Keller und Wohnungen ein; verjagt die Menschen vom Haus und Hof. Flutet über das Feld. Saat und Ernte vernichtend. — Erschauern läuft es durch den Körper. Geipentisch glohen die Kupferkugeln an den Geräten nach diesem wilden Spiel, das die Augen immer wieder auf sich lenkt und zu bannen weiß. Die Ohren möchte man fest mit den Fingern zupulken ob all dem Lärm. Doch ein absonderliches Gefühl macht den Körper jeder Bewegung, selbst des Atmens unfähig. Noch ein ungeheurer Schlag. Das Licht leuchtet auf. Und wie ein Alpdruck löst sich's vom Hals, von der Brust, der Körper entspannt sich aus seiner Starrheit und beginnt wieder sich zu heben. Wie eine neue Welt eröffnet sich die Umgebung den Augen und Ohren. Die Isolatoren sind geprüft, können ausmontiert werden auf die Träger und ihrer Bestimmung dienen. Befreit aufatmend treten wir hinaus in die blühende Maienwelt. Adam Haas.

Porzellanfabriken-Krise.

Der Verband Deutscher Porzellanfabrikanten G. m. b. H. Berlin stand bekanntlich mit seiner Abnehmerkraft in einem Nerververhältnis. Wer Ware haben wollte, mußte die Bedingungen des Porzellanfabrikantenverbandes mit einem Nerververhältnis annehmen, das aus dem Porzellanfabrikantenverband auswichen, besten Nerverkunden keine Waren kaufen, und über angelegte Fabriken wurde die Sperre verhängt. So war es Gegenwärtig ist es nicht mehr so. Ueber Außenleiter-Verband kann die Sperre nicht mehr verhängt werden. Der Verband Deutscher Porzellanfabrikanten ließ sich sogar herbei, die verhängte Sperre von drei Außenleiterfabriken „freiwillig“ zurückzunehmen.

Die Sache kam so: Die Porzellanfabriken G. m. b. H. in Walsleben, G. m. b. H. in Strammensaab und Stadtilmer Porzellanfabrik schieden aus dem genannten Verband aus, worauf über sie am 11. Dezember 1927 die Sperre verhängt wurde. Dagegen lebten sich die drei Fabriken zur Wehr. Sie riefen die Entscheidung des Kartellgerichts an, und bei diesen Verhandlungen machten die drei genannten Firmen geltend, daß ihnen der zur Vermeidung der Nachteile aus dem Nerververhältnis erforderliche Wiedereintritt in den Verband nicht zugemutet werden könne, weil die Preise von den Verbandsmitgliedern selbst zum Teil unterboten würden. Bei der Preisermittlung wurde sie zum Voraus, daß tatsächlich Mitglieder des Porzellanfabrikantenverbandes die Preisbestimmungen ihrer Organisation umgangen hatten. Anstehend wollte der genannte Verband bei weiteren Kartellgerichtshandlungen nicht noch mehr Mitglieder bloßstellen lassen, deshalb beantragte er die Aufhebung des Termins unter gleichzeitiger Zurücknahme seines früheren Antrages auf Verhängung der Sperre. Zugleich verzichtete der Verband auf alle Rechte, die ihm auf Grund der Genehmigung der Sperre durch den Kartellgerichtshof zustanden. Und außerdem mußte der Verband noch vor der Messe den Nerverkunden mitteilen, daß sie wieder bei den gesperrt gewesenen Fabriken kaufen können.

Auf diese Weise kam die freiwillige Zurücknahme der über drei Außenleiterfabriken verhängte Sperre zustande.

Für den Verband Deutscher Porzellanfabrikanten, einem der festgefügtsten Kartelle unserer Zeit, war dieser Porzellanfabrikanten ein äußerst unliebsames Ereignis, und wenn er wissen läßt, daß diese Maßnahme seine Existenz selbstverständlich in keiner Weise gefährdet, so sind das Nebenarten. Gewiß, die drei Außenleiterfabriken können den Verband nicht sprengen, aber die zutage gekommenen Ueberretungen der Bestimmungen von einer Anzahl Fabriken schufen eine Stimmung und ein Wüßtrauen im Porzellanfabrikantenverband, so daß die maßgebenden Stellen alle Hände voll zu tun haben, um zu retten, was zu retten ist. Es wird jahrelange Arbeit notwendig sein, um das verlorengegangene gegenseitige Vertrauen unter den Porzellanfabrikanten wiederherzustellen.

Wir als Organisation sehen ein, daß eine Preisbindung für die Porzellanfabrikanten notwendig ist, weil die Arbeiterkraft speziell unter dem Preiswettbewerb zu leiden hat, aber das volkswirtschaftlich schädliche Wirken des Porzellanfabrikantenverbandes, der seine Preise so setzt, daß die unrentabelsten Betriebe noch Gewinne abwerfen und dem technisch vollkommensten mißloser Gewinn gesichert war, können wir nicht aufheben. In diesem wirtschaftlichen Widerspruch ist ja eigentlich die Macht des Porzellanfabrikantenverbandes gescheitert. Es wird eine Forderung eintreten müssen, wenn der Porzellanfabrikantenverband als Preis-Kartell am Leben bleiben will.

Die Porzellanfabrikanten werden alle Kräfte zusammennehmen müssen, um ihre Organisation so zu stärken, daß nicht auf ihren Rücken der Preiswettbewerb durchgeführt werden kann. Eine gut organisierte Porzellanfabrikantenorganisation und ein einheitlicher günstiger Lohn- und Mantelvertrag sind die beste Gewähr für eine annehmbare Preispolitik der Porzellanfabrikanten.

Wollen wir als Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen unsere Gewerkschaft stärken, dann sind wir im Konkurrenzkampf der Unternehmer der regelnde Faktor.

Eine Ausnahme.

Ausnahmen bestätigen die Regel. Wenn Direktoren und Unternehmer den Schauspiel ihrer Tätigkeit verfallen müssen, was neuerdings in den Thüringer Porzellanfabriken recht viel vorkommt, dann hält die Arbeiterkraft mehr oder weniger einen Rückblick über die Tätigkeit jener Herren. Als Regel gilt dann die Feststellung, daß diese abgehenden Herren in Arbeiterfragen meist äußerst rückständig waren, vielfach waren es Menschen schlimmerer Sorte, brutal und gemein. Mit diesen Eigenschaften suchten sie ihre Mindervaligkeiten in bezug auf geschäftliche und kaufmännische Fähigkeiten zu verdecken. Das ging jedoch nicht für die Dauer, denn meist haben sie mit ihrer Art Umstellung — richtiger Lohnreduktionen, Bevorzugung billiger und in der Regel schlechter Arbeitskräfte — die Betriebe an den Rand des Ruins oder gar zum Konkurs gebracht. In nächster Zeit werden wir eine ganze Galerie solcher „abgehauten“ Direktoren und Unternehmer heröffentlichen. Für heute wollen wir der Objektivität halber über eine Ausnahme vom vorstehenden Regel zu Ruh und Frommen derjenigen Direktoren und Unternehmer berichten, die noch Betriebe leiten.

Der Direktor Max Steger von der Ilmenauer Porzellanfabrik U. G. in Ilmenau hat vor einiger Zeit aus gesundheitlichen Gründen seine Stellung gekündigt, ist inzwischen „auf dem“ Vorstand der U. G. ausgeschieden und zieht sich ins Privatleben zurück. Er war einer von den wenigen Betriebsleitern, die Verständnis für Arbeiterfragen zeigten. Auftauchende Streitigkeiten mit der Arbeiterschaft hat er stets, wie sein Vorgänger Albrecht, mit einer großzügigen Geste erliebt. Der Betriebsrat ist nie beiseite geschoben worden, er wurde von Steger voll anerkannt und gewürdigt. Die Arbeitsgerichtsbarkeit brauchte sich mit diesem Betrieb bisher nicht beschäftigen. Der Tarif wurde glatt erfüllt. Alte Arbeiter, die anderwärts kein Unterkommen fanden, stellte er ein, im Gegensatz zu anderen Unternehmern, die alte Arbeiter auf die Straße warfen.

Steger verfügte aber auch über hervorragende kaufmännische und geschäftliche Fähigkeiten. Zu den Aktiengesellschaften, die in den letzten Jahren Dividende verteilen, gehörte auch die Ilmenauer Porzellanfabrik U. G. Ungewöhnlich sind die regelmäßig 4 Proz. Dividende, die verteilt wurden, keine hohen. Man darf aber nicht außer Betracht lassen, daß das Aktienkapital der Ilmenauer U. G. mit 1.100.000 RM ein übersehbares ist; in der Vorkriegszeit betrug es nur 450.000 RM. Bei der Stabilisierung wurde es aber mit 1.100.000 RM eingesetzt, ohne daß die Aktionäre Einzahlungen leisteten. Eine Erweiterung des Betriebes ist nicht erfolgt. Auf diese 450.000 RM den Reingewinn berechnet und verteilt, würde sich eine Dividende von 10 Proz. ergeben, die seit der Stabilisierung hätte erreicht werden müssen. Dieser Betrieb liegt transporttechnisch aber recht ungünstig und sind für die Anfuhr außergewöhnlich hohe Ausgaben erforderlich. Diese hohen Transportausgaben würden bei der Erparung, wie sie andere Betriebe haben, bestimmt noch 4 bis 5 Proz. höhere Dividende ergeben, also eine Dividendenquote von insgesamt 14 bis 15 Proz. Trotzdem hat Steger mancherlei technische Verbesserungen durchgeführt, also auch rationalisiert. Das die Aufwendungen dafür dem Bruttogewinn entnommen wurden und der Reingewinn damit noch herabgedrückt wurde, ist ja selbstverständlich. Dieser Vorgang ist aber auch Beweis dafür, daß bei geschickter kaufmännischer und sachkundiger Leitung die Porzellanindustrie sehr wohl noch rentabel ist. Allerdings hat es Steger auch verstanden, die Arbeitsfreude seiner Belegschaft zu heben. Er machte es nicht wie die meisten Betriebsleiter, die ihre Hauptaufgabe darin erblickten, der Belegschaft die Arbeitsfreude zu bereuen.

Wir bedauern deshalb den Rücktritt Stegers und hoffen, daß sein Nachfolger Max Pfeffer aus Gotha andere Wege nicht geht. Wir nehmen zunächst an, daß Pfeffer am Verbleiben seines Betriebes in Gotha ausreichend in dieser Beziehung gelernt hat. Wenn nicht, dann können wir es nicht verhindern, wenn die Aktionäre der Ilmenauer U. G. die Kosten dafür werden zahlen müssen. Aber auf Kosten der Arbeiterschaft wird Pfeffer andere Wege als Steger nicht gehen können.

Waldburg.

Die Walderkollegen Artur Piesewalter, August Burger und Reinhold Borsche blühten dieser Tage auf ihr vierzigjähriges Arbeitsjubiläum in der Porzellanfabrik Königszelt zurück. Aus diesem Anlaß wurden die Kollegen von der Firma mit einem Geschenk bedacht; das Personal bereitete den Kollegen eine kleine Feier im Dinnungsheim des Vereinslokals. Kollege Kühn überbrachte die Glückwünsche der Belegschaft und wies in seiner Ansprache auf die Entwicklung, die die Porzellanmalerei in diesen Jahrzehnten genommen hat, hin. Diese Rückschau war gerade jetzt sehr zeitgemäß, erleben wir doch täglich, daß Arbeitskollegen, selbst die tüchtigsten Fachkräfte, infolge der Entwidlung von ihren Arbeitsplätzen, die sie zum Teil viele Jahrzehnte innehaben, entfernt werden. Der Rückhalt, den die Kollegen stets bei ihrer Gewerkschaft gefunden haben, wurde gleichfalls gebührend hervor-gehoben.

Anschließend wurde noch manche Erinnerung aus diesen reichen Arbeitsleben ausgetauscht.

für den Spruch stimmen konnte, wodurch er zum Steigbügelhalter der Arbeitgeber geworden ist. Wir müssen leider feststellen, daß durch die Separation von unserer Seite aus die Gefahr besteht, daß die Kollegen vom christlichen Verbande austreten und zum freien Verband überzutreten oder unorganisiert bleiben. Übertritte sind bereits schon erfolgt, auch ich erkläre hiermit, daß wenn die Gefahr in dem Maße so weitergeht, auch ich den Weg gehen werde, denn nur ein geschlossenes Zusammengehen der Arbeitnehmer kann uns vor weiteren Schäden von Arbeitgeberseite schützen.

Niederollendorf, den 8. September 1930.

J. A. gez.: Severin Wiegala.

Der Unterzeichnete ist Mitglied des christlichen Verbandes und im Betriebsrat.

Wir haben der Erklärung nichts hinzuzufügen. Sie spricht für sich. Für Herrn Mohr in seinem blindwütigen Haß gegen unseren Verband ist sie eine schallende Ohrfeige. Sie ist ihm verdientermaßen verabreicht worden. Daß sie von seinen eige-

nen Kollegen kommt, wird sie nicht weniger schmerzhaft finden. Aber so geht es einem, wenn man sich um die Belange der Arbeiter in Feuerfest Mittelrhein nicht kümmert. Zu den Verhandlungen schickt man einen Hin, der vom Lügen und Wafeln keine Ahnung hat, und wenn der dann Wadmißt macht, dann nimmt man nicht etwa die Schuld auf sich, sondern schiebt sie auf andere.

So geht es einem auch, wenn man andere eine Grube graben will, dann kommt man nicht nur ans Schwitzen, sondern man fällt auch noch hinein.

Für die rheinischen Arbeiter ist die ganze Sache, um mit Mohr zu reden, "eine notwendige Belehrung". Sie folgen hoffentlich dem Beispiel der vielen Kollegen im Feuerfest Mittelrhein und treten aus einer Organisation aus, die sich zwar christlich nennt, aber nur mit Lügen und Verleumdungen ihren gebrechlichen Organisationskarrern noch am Laufen halten kann, und sie treten ein in den großen Industrieverband, den Keramischen Bund, Abtg. des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

bedrängt eine kurze Gehelstange und übertrifft womöglich noch seinen Bruder im Schreien. "Hier bestimme ich — und raus" brüllt er in einem fort. Also, die bittere Not der Erwerbslosen und insbesondere der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger ist diesen Herrschaften gerade gut genug zum Ausbeuten — und die Arbeiter bucken sich. Die Gewerkschaft wird dafür sorgen, daß das nicht mehr lange so geht, und bei Gelegenheit werden wir noch auf die Dinge zurückkommen. Der Weichenfelder Magistrat wird aber darauf achten müssen, daß Aufträge nur dorthin gegeben werden, wo man nicht nur die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger beschäftigt, sondern auch auf tarifliche Regelung sieht. Am Nachmittag hat dann der Unternehmer seine Arbeiter zusammengerufen und "festgestellt", daß alle "zufrieden" sind. Er wollte auch wissen, wer ihnen den Verbandsfunktionär auf den Hals gehetzt hat, aber das konnte er nicht erfahren.

"Ich habe mein Geld..."

In der Biegelei Hannh in Hohenmölsen erschienen wir eines Tages gerade in der Mittagspause. In der sogenannten Leutestube sind aber nur drei Mann, alle anderen haben sich, ähnlich wie in der Wolfischen Biegelei, hierhin und dorthin verkrümelt, d. h. sie liegen irgendwo im Betrieb auf der schmerzigen Lehmerde im Dreck, sind also nicht zusammenzutriften. Auch dort werden, trotzdem ein Lohnvertrag besteht, glatt vier bis sechs Pfennig unter Tarif bezahlt. Der Meister, der von uns auf diesen Mißstand aufmerksam gemacht wird, winkt uns höhnisch mit der Hand ab und meint: "Dabei bleibt's net, wir müssen noch weiter runner, weil kei Geld und kei Absatz da is." Schließlich gelingt es uns, einen Kollegen vom Betriebsrat zu erwischen. Wir reden auf ihn ein, sagen ihm, daß sich die Belegschaft doch nicht ohne weiteres eine Lohnkürzung gefallen lassen darf, daß sich die Kollegen organisieren müssen, und daß ihr Verhalten auf unsere Kollegen in den anderen Biegeleien drückt, wenn hier billiger gearbeitet wird. Was gab er uns zur Antwort: "Ich hab' mein Geld..."

"Mensch verschwinde, sonst werden wir entlassen..."

In Frohburg a. N. und in den unmittelbar herumliegenden Ortshäusern gibt es eine Anzahl Steinbrüche. In einem solchen Bruch erscheinen wir eines Tages. Wir rebeten einige Leute an, bekommen aber kaum eine Antwort. Unterdessen wird es Mittag, und wir wollen oben an der Spitze die Zeit nützen und eine kleine Verjammung machen. Einer von uns hält einen kleinen Vortrag. Unverdorren, gerade als gäbe es auf der weiten Welt nichts anderes, verzehren die Leute ihr Mittagbrot. Der Vortrag ist zu Ende, keiner rührt sich. Auf unsere Fragen antwortet keiner. Wir drängen immer mehr. Bis dann auf einmal einer den Mut findet und redet. Er sagt: "Mensch, verschwinde, wenn du einer siehst, werden wir alle entlassen, und die Bude wird zugemacht..."

Das sind nur einige Ausschnitte. Viele, viele andere Erlebnisse könnten wir noch bringen. Wir wollen nicht von den tausend anderen Dingen reden, die unsere Funktionäre bei der Hausagitation erleben. Was aber kümmert das die kommunistischen Drahtzieher, sie wissen ja nichts von der mühevollen und rastlosen Arbeit der Gewerkschaftsfunktionäre, und deshalb wissen sie auch nichts von der Wirklichkeit.

Retting eines Ziegeleibetriebes auf Kosten der Belegschaft.

Immer schärfer werden die Auseinandersetzungen um die Lebensfragen der Ziegeleiarbeiter. Immer hartnäckiger und schroffer die Angriffe der Ziegeleibesitzer auf die ökonomischen und sozialen Errungenschaften der Ziegeleiarbeiter.

Die Ziegeleibesitzer erklären in den gegenwärtigen Ökonomie das Grundübel ihrer Wirtschaftslage. So erklärte der Ziegeleibesitzer Paul Diewald, Ducherow i. Pomm., Besitzer von vier großen Ziegelwerken und einem Sägewerk am Sonnabend, dem 30. August, seinen Arbeitern bei der Lohnzahlung, daß er ab folgende Woche einen zehnprozentigen Lohnabbau für alle Affordarbeiter vornahme. Er sei sonst nicht in der Lage, den Betrieb aufrechtzuerhalten. Wer nicht gewillt ist, für die niedrigeren Löhne zu arbeiten und später gebente, sich die Differenz zwischen Tariflohn und wirklich gezahlten Lohn durch den Fabrikarbeiterverband einzufügen, oder andere Maßnahmen zu treffen gebente, um diesen Lohnabbau zu verhindern, der sei gefündigt und könne am nächsten Sonnabend seine Papiere erhalten.

Dieser noble Ziegeleibesitzer nimmt einen zehnprozentigen Lohnabbau vor, ohne den für verbindlich erklärten Tarifvertrag erst zu kündigen (es sei vielleicht, daß ihm, wie schon einmal, der unliebsame Fehler unterlaufen ist, daß er den Tarifvertrag beim Schlichtungsausschuß gefündigt hat), um neue Lohnverhandlungen mit dem Fabrikarbeiterverband anzuknüpfen; er möchte dann wissen, daß ihm der Lohnabbau nicht gelingen wird. Die Leitung der Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes kennt genau die wirtschaftlichen Verhältnisse seiner Betriebe. Sie weiß auch, daß der Lohn, den er bisher zahlte, für den Betrieb tragbar ist. Bedenken wir nur, daß der tarifliche Stundenlohn für einen Kollarbeiter über 20 Jahre 69 Pf. beträgt, den er unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Notlage der Arbeiter nicht einmal eingekalten hat. Den ganzen Sommer über hat er nur 60 Pf. Stundenlohn gezahlt und die Affordlöhne dementsprechend auch niedriger bemessen. Bei so niedrigen Löhnen will Herr Diewald noch behaupten, er könne den Betrieb nicht aufrecht erhalten.

Die Dinge liegen anders: Er geht, wie alle kapitalistischen Wirtschaftsführer, davon aus, "sich selbst zu dienen", und zwar ohne Rücksicht auf andere. Alles Denken, Tun und Lassen ist eingestellt auf Verdienstmachen, d. h. auf Aneignung eines größeren Teiles des Sozialproduktes.

Wo zwielf hinkommt, wird stets in unvernünftiger Weise verprakt und verschwendet, und wo zu wenig hinkommt, muß gehungert und gedurft werden. So ist es auch hier. Die hohen Gewinne, die dieses Unternehmen seit Jahren abwirft, wurden zum großen Teil in den Betrieben investiert, die Betriebe vergrößert und verbessert, sowie ein neues Sägewerk erbaut. Dies führte zu Festinvestitionen. Zwei dieser Ziegelwerke und das Sägewerk liegen jetzt still, unausgenutzt da und verschlingen nur ungeheure Summen.

Nicht allein die Festinvestitionen, sondern auch so werden große Summen verschwendet. Zum Beispiel ließ Herr Diewald kleine Häuser, Ställe und sonstige kleine Bauten in einem Jahr aufbauen, im nächsten Jahr niederreißen und auf einen anderen Platz setzen. Der reinste Wackerzirkus.

Jetzt will er die Betriebe nicht aufrecht erhalten können. Auf Kosten der Arbeiterschaft will er sie retten. Zehn Prozent Lohnabbau. Wer nicht will, kann gehen. 30 bis 35 RM Wochenlohn verdient jetzt ein Affordarbeiter bei neunstündiger täglicher Arbeitszeit. Ein Kollarbeiter über 20 Jahre im Stundenlohn geht Sonnabends mit 28 RM Wochenlohn nach Hause. Höchstens fünf Monate im Jahr haben die hiesigen Ziegeleiarbeiter Beschäftigung, so daß praktisch keiner von diesen Arbeitern in den Genuß der Arbeitslosenunterstützung kommt. Zur Preisunterstützung sind Saisonarbeiter nicht zugelassen, so daß für den Ziegler in der Zeit, wo er keine Beschäftigung hat, nur die 60 Pf. die Höhe der Wohlfahrtsunterstützung in Frage kommen.

Nun beschwert sich dieser famose Ziegeleibesitzer über die hohen Gemeindesteuern, die von Jahr zu Jahr höher werden. Sich selbst hat er diese hohen Steuern zu verbanken. Auch andere kleine Gewerbetreibende, Banerier und Hausbesitzer können sich bei Herrn Diewald für diese Steuern bedanken. Heilige Arbeiter beschäftigt er sehr wenig, weil sie alle organisiert sind; sie beziehen im Sommer schon Wohlfahrtsunterstützung. Die wenigen am Orte Verbliebenen, die er noch beschäftigt, erreichen ihre Anwartschaftszeit in der Arbeitslosenversicherung nicht, sie beziehen Wohlfahrtsunterstützung. Die Gemeinde muß 30 Prozent zahlen. Deshalb die hohen Steuern, Herr Diewald!

Krausig schimpft dieser profitgierige Unternehmer auf die sozialen Lasten, die ihn drücken. Vor allem auf die Arbeitslosenversicherung. Was dieser und andere Unternehmer mit ihrem Selbstzug gegen die Arbeitslosenversicherung bezwecken, wissen wir zu gut. Saisonarbeiter wollen sie ganz aus der Arbeitslosenversicherung ausschließen. Die Saisonarbeiterlöhne schieben sie in den Vordergrund und behaupten, der Arbeiter könne von diesen Löhnen Gratparade für den Winter machen. Ihr Schreien nach Lagen hat ihnen schon genügt — die Saisonarbeiter sind vom Bezug der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen; soweit bestimmte Bereiche vom Landesarbeitsamtbesitz nicht zugelassen sind. Wie geht es aber mit den "Saisonarbeiterlöhnen"? Sie reichen nicht einmal zur Aufrechterhaltung des notwendigen Lebensunterhalts. Es wird deshalb höchste Zeit, daß man die Ziegeleiarbeiter zur Arbeitslosenunterstützung zwingt.

Die ist es nun möglich, daß dieser Ziegeleibesitzer den ganzen Sommer über die Tariflöhne nicht zahlt und jetzt Tarifunterstützung eigenmächtig einen zehnprozentigen Lohnabbau vornimmt? Genau weiß Herr Diewald, daß ein großer Teil nicht organisiert ist. Mit Vorlieb stellt er unorganisierte Landarbeiter aus der Umgegend ein, die einige Meilen vom Land und einige Meilen vom Eigentum besitzen. Hierher organisierte Arbeiter hat er nur zum ganz geringen Teil eingestellt. Diese unorganisierten Arbeiter aus der Umgegend die in seinem Betrieb in der Mehrzahl sind, dienen ihm als Spieß. Sie dienen ihm aber vor allem als Lohnabhängiger. Der durch jahrelangen jähen Kampf der hiesigen Ziegeleiarbeiter mit Hilfe des Fabrikarbeiterverbandes erzwungene Lohn soll wieder auf einen möglichst tiefen Stand herabgedrückt werden. Einer dieser für Herrn Diewald zählenden Elemente, ein Nazi, hat Herrn Diewald erklärt: "Wenn es auch 10 Prozent Lohn weniger geht, so wäre das immer noch genug Geld, worin alle gut arbeiten könnten." Ein schönes Ergebnis der angeblich arbeiterfreundlichen Erzeugungsarbeit der Nazis.

Organisierte Kollegen, die bei Herrn Diewald noch Arbeit erhalten haben, sind nur wenige. Sie werden Herrn Diewald

die 10 Prozent Lohn, die er ihnen gewaltsam entzieht, wieder abknöpfen. Auch viele der außerhalschen Arbeiter denken innerlich anders; sie werden durch dieses Vorgehen des Ziegeleibesitzers auch Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes und werden ihre Rechte zu wahren versuchen.

Verschiedenen seiner organisierten Arbeiter, die in seinen Werkwohnungen wohnen, hat Herr Diewald zu gleicher Zeit mit der Ankündigung des Lohnabbaues die Wohnungsmiete um 5 RM monatlich gesteigert. Soweit man sie noch Wohnungen nennen kann, hat sie Herr Diewald nach dem Krieg, zum größten Teil in der Inflationszeit, gebaut, und zwar gebaut auf Kosten der Arbeiterschaft, die in der Inflationszeit bei ihm für ein Brot und ein Pfund Margarine gearbeitet haben, welches sie Sonnabends aus seiner Kantine mit nach Hause befamen.

Ihr Ziegeleiarbeiter, wollt ihr der Profitgier dieses Besitzers nicht Einhalt gebieten? Jeder muß doch leben, das Herr Diewald die schlechte Wirtschaftslage nur zu einem Gewaltakt gegen die Ziegeleiarbeiter ausnützt. Organisiert euch alle beim Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abt. Keramischer Bund. Nur dann ist es möglich, daß trotz der schlechten Wirtschaftslage die Angriffe der Arbeitgeber auf Löhne und soziale Errungenschaften abgewehrt werden können. Einzeln seid ihr machtlos. Eiserne Geschlossenheit ist die Parole.

Otto Rosenthal, Ducherow i. Pomm., Abtm.

Auf der Tour.

Vor wenigen Tagen hatten wieder einmal die Kommunisten unter der Firma K.O.D. in Halle einen Kongreß abgehalten. Der große "Führer" Wilhelm Poenen begrüßte diesen Kongreß mit folgenden Worten: "Es gibt keine andere Kraft, die Kämpfe zu führen, als die K.O.D., es gibt keine andere Bewegung mehr als die K.O.D. Alles, was außerhalb der K.O.D. steht, ist Verrat!" Und dann weiter: "In den Betrieben ist die Stimmung zum Kampf da..."

Eine so große Portion Weltabwesenheit sollte man von diesem Manne nicht erwarten. Schon die Tatsache, daß diese kommunistischen Kongresse, von denen einer der anderen sagt, unter vollkommenem Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden, daß dort nur konstruierte Delegierte sind, die mit der Betriebsarbeiterschaft nicht das mindeste zu tun haben, müßte einem Führer, der ernst genommen werden will, zu denken geben. Aber was geht das alles diese Leute an. Reaktionen sind Dinge, von denen man am liebsten gar nicht spricht. Der Zweck heiligt die Mittel — das ist die Lösung.

Die Funktionäre der freien Gewerkschaften können aber nicht so unbelastet wie diese verantwortungslosen K.O.D.-Führer reden und handeln. Es ist nicht gut für die proletarische Klassenbewegung, daß diese K.O.D.-Führer vor aller Welt und vor unseren Feinden immerfort ihre Ohnmacht zeigen, und damit die sozialistische und die freigewerkschaftliche Bewegung belasten. Wir sind der Meinung, daß alle reale Möglichkeiten ausgenutzt, daß die Kräfte dort eingesetzt werden müssen, wo sie sich auch nutzbringend im Interesse der Arbeiter auswirken können.

Die kommunistischen Oberbunzen sollten sich nicht selbst und andere beifügen reden; sie sollten einmal unsere Funktionäre bei der täglichen Kleinarbeit, bei ihren Lokationsreisen begleiten, dann würden sie die Welt der Wirklichkeit sehen. Im nachfolgenden geben wir einige Bilder, vielleicht denken auch einmal die Kommunistenführer darüber nach:

"Das geht auch einen Dreck an..."

Morgens gegen 8½ Uhr nehmen wir unseren Weg über Felder und Wälder, nach der Wolfischen Ziegelei in Weissenfels. Mein Begleiter, der schon einmal dort war, sagte mir, daß wir schon etwas erleben würden, denn die Weisler seien sehr unverträgliche Leute. Der alte Herr, mit dem wir früher in einem Tarifverhältnis standen, ist gestorben und nun haben die Söhne, zwei junge, sehr reiche Leute, die Herrschaft übernommen. Wir sind also nun da und Glück haben wir auch: es ist gerade Frühstückszeit. Unmittelbar vor einer langen, auf allen Seiten offenen Halle, in der die Steine zum Trocknen aufgestapelt werden, liegen so ein halbes Dutzend Leute mitten drin in der schmierigen Lehmerde im Dreck und frühstücken. "Na, gibt es hier für euch keinen Eßensraum oder sonst einen Aufenthaltssraum?", so fragen wir die Leute. Was sagt uns da ein Arbeiter, ein Arbeiter, den wir genau kannten, und der früher in Weissenfels ein bedeutender Funktionär bei Hofstrom war und bis zum Verbot diese Funktion ausübte? Er sagte: "Das geht euch ja einen Dreck an, wir können doch essen, wo wir wollen — Ist das nun dumm oder revolutionär?"

"Dann nehme ich mir einen Wohlfahrter..."

In derselben Wolfischen Ziegelei sind über 30 Arbeiter, darunter ein ungarischer Frauen, beschäftigt. Nur ganz wenige sind organisiert. Wir reden also mit einzelnen über dies und jenes, über die Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, über den Lohn, die... Dabei stellen wir fest, daß die Leute der schlimmsten Willen preisgegeben sind und weit unter den Tariflöhnen leben. Die Arbeitszeit ist unbegrenzt, und bei der Arbeit geht es immer Tempo — Tempo. Die Leute schweigen, halten still. Offenbar haben sie eine heillose Angst vor den beiden jungen Chefs, die vom frühen Morgen bis zum späten Abend ständig herumlaufen und herumbrüllen. Während unserer Unterredung mit den Leuten kommt einer dieser jungen Herren mit Lederjoppe und Lederhose, und schreit uns an: "Was gibt es denn hier? Da wir ihr nicht kennen, und er auch gar nicht nach Chef ansieht, erfragen wir ihn, nicht zu hitzig zu sein, und fragen ihn, wer er eigentlich ist. Da fährt er aber los — und macht uns recht deutlich klar, daß er der Chef selber ist. Als er dann hört, wir sind die Vertreter vom Fabrikarbeiterverband und sind hier, um eine Reihe von Beschwerden unserer Mitglieder zu prüfen, da war's alle. "Was! Ich reit er, was geht mich der Verband an; machen Sie, daß Sie rauskommen, melden Sie sich in Zukunft nicht mehr an, und wenn Ihre Mitglieder, die hier arbeiten, nicht zufrieden sind, dann sollen die auch machen, daß sie rauskommen, ich kriegen genug Leute; dann nehme ich Wohlfahrter!" — "Wohlfahrter, was heißt das?" — "Ja wohl, der Weissenfelder Magistrat schickt mir die Leute her, und die sind froh, wenn sie verdienen können." Inzwischen erscheint ein zweiter junger Mann in Hemdärmeln, der Bruder, der zweite Chef. In der einen Hand schwingt er

Verbandsnachrichten

Teilnehmer an den Arbeitervolkshochschulen.

Gemäß der Beschlüsse des Vorstandes hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund im Einverständnis mit der Schulleitung in diesem Jahre folgende Kolleginnen und Kollegen zum Besuch der Arbeitervolkshochschulen zugelassen:

Akademie der Arbeit, Frankfurt am Main:

Otto Frohmader, Bunniedel (Oberfr.), Geldenstr. 3; Erwin Hohlwegler, Neuhausen, Unt Engen (Waden); Hans Ramm, Deggendorf, Lat. Schulgasse 150.

Wirtschaftsschule Düsseldorf:

Franz Schäfer, Neuwied, Engerer Landstr. 116; Josef Bauer, List 5, Spiegelau (Wahr. Wald), Haus 70½; Josef Hodes, Hainichen (Sachsen), Gellertstr. 75.

Wirtschaftsschule Berlin:

Richard Jungnickel, Hainsberg (Sa.), Rabenauer Str. 10; Willi Bauer, Tilsit, Stolbeder Str. 116; Ludwig Müller, Weisheim bei Darmstadt, Waldstr. 7.

Heimvolkshochschule Timg:

Minna Rosinus, Hannover, Stöckener Str. 57.

Sprachkurse.

Anfang Oktober beginnen in der Sprachschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Kurse für Fortgeschrittene eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus "Wichtiges Deutsch" (Rechtschreibung und Sprachlehre). Auf Wunsch sollen ferner Tageskurse für Teilnehmer mit ungenügender Arbeitszeit (Schichtarbeiter usw.) eingerichtet werden.

Zur Deckung der Kosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 RM erhoben. Erwerbslose Kursussteilnehmer zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Sprachkursen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachschule: Berlin W 35, Potsdamer Str. 52.

Dresden.

Büro der Zahlstelle: Ab 18. September 1930. Schützenplatz 14, III rechts. Fernsprecher Nr. 24521.

Arbeitsmarkt.

Ankündigungen unter Chiffre werden nicht aufgenommen.)

Zwei ledige Porzellanmaler, 23 und 25 Jahre alt, firm in allen Arbeiten der Geschirrbrennerei, an flottes und sauberes, selbständiges Arbeiten gewöhnt, suchen (auch einzeln) Stellung. Offerten unter F. 31/30 an die Redaktion "Keramischer Bund" erbeten.

Tüchtiger Scheinenschleifer und Sprenger für sämtliche Sprengmaschinen sucht für sofort Arbeit. Angebote an Zahlstelle Weiswasser, Görlitzer Str. 45.

Tüchtiger Hohlglaschleifer, auch auf Flakon gut eingearbeitet, 40 Jahre alt und verheiratet, sucht Dauerstellung, wünschenswert mit Wohnung. Angeb. an Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abt. "Keramischer Bund", Schleisingen, Hindenburgstr. 9.

Tüchtiger Porzellanmaler, mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut, sucht für sofort Stellung. Angebote an Hugo Wittger, Werdau i. Sa., Burgstr. 12.

Tüchtiger Anstreicher, 30 Jahre alt, ledig, gut eingearbeitet, sucht Stellung. Angebote an Artur Haupt, Alt-Kohlfurt, Preis Görlitz.

Tüchtiger Glasmachermeister, ledig, firm in Schleifglas, Schalen, Keller, Wäsen, Farbenglas und anderen Gebrauchsartikeln, sucht für sofort Stellung im In- oder Ausland. Angebote erbeten an den Verband der Fabrikarbeiter, Zahlstelle Rausch a (Oberlausitz).

Vorher — Hernach. Die Geschichte eines Findlings.

Von Erich Herrmann.

(Nachdruck verboten.)

Sie nickte und berschwand wieder zu ihrer Arbeit. Andreas schlenkerte langsam durch die belebte Stadt. Wenn ihm ein Bürger oder ein Mädel nachsah, dachte er: „Ihr seht mir's heute nicht an, daß ich morgen auch schon ein Feldgrauer bin, gelt? Elfter Grenadier! Ein tapferes Regiment! Es gehört der Kaiserfahnenwache!“ Er bedauerte nur, nicht schon jetzt durch ein Abzeichen als Kriegsheld kennlich zu sein. Doch das ließ sich nicht ändern. Vierundzwanzig Stunden mußte man noch Geduld haben. Dann... Er musterte mit scharfem Auge die vorüberziehenden Truppen, hörte auf die Lieber und die derben Soldatenpöbe. Doch als er sah, daß die Feldgrauen mit jedem Mädel, das aus dem Fenster schaute, liebäugelten, gelobte er sich fest, Lisa allezeit, auch in Feindesland, die Kreuze zu halten. Von der Kirche schlug die Uhr. Andreas bog in die grüne Nöhrgrasse ein und nahm den Weg zum Mühlenwehr. Der schmale Steig lag einsam. Vom Wehre herüber strich ein frischer, sprühender Hauch. Auf den hängenden Zweigen der Bachweiden standen kleine Tropfen, rannen über die Blätter und tröpfelten blühend in die grünen Moospöster. Andreas blühte in das springende Wasser. Die Schaumwellen, die unter dem Mühlenrade hervorquollen, rannen hurtig über das Wehr, verschwanden zwischen den glattgewaschenen Steinen und verflochten sich weiterab zu einem silberglänzenden Bände, das zwischen Busch und Grün, Moos und Stein sich entlang schläng.

„So sammelt sich Kröpflein zu Kröpflein. Nichts kann vergehen!“ dachte er bei sich und folgte mit seinen hellen, frohen Augen einem Springquell, der durch zwei undichte Stümpfen schob. „Mag das Wasser auch unter den Steinen verschwinden oder sich durch die engen Klüfte zwängen: Es trifft sich alles wieder im springenden, sprudelnden, klaren Bache. Auch mein Leben, das seine seltsamen und wirren Wege ging...“ Er verlor sich in seinen Gedanken.

Andreas war wieder am Wehre angelangt. Vom Kirchturm sah es achtmal. Bald mußte Lisa Mädchen kommen. Die Freude verscheuchte auf einmal die schweren Gedanken. Das Erinnern an heiße Küsse, enge Umarmungen und liebe Worte wachte auf. Und plötzlich verdedten zwei warme Hände seine Augen.

„Du!“ sagte er nur glücklich und umfing sie.
„Aber! Lieber! Mein tapferer!“ flüsterte sie ihm ins Ohr und küßte ihn immer wieder auf den Mund.

„Komm!“ sagte sie dann und gab ihm die Hand.

Sie gingen den Steig entlang. Im Gehen schwangen sie die Hände. Dann wurde der Steig schmaler und drängte sie aneinander. Andreas legte den Arm um ihre Hüfte. Lisa lehnte sich eng an ihn. Bald kam das Lammlicht. Der warme Tag hatte den würzigen Harzduft gewekt. Sie sog die kräftige Luft tief in die Lungen. Aus dem Gewirr der blühenden, dunklen Zweige gurrte ein Paar Holstauben. Dann umfing sie das Schweigen. Im Mühlenbach stand dichtes Weidengeräusch und rotblättriges Brombeergerast. Lisa drängte Andreas leise nach dem Ufer. Sie setzten sich schweigend unter eine hängende Weide. Bald hatte sie seinen Kopf in ihren Schoß gezogen und strich über sein blondes Haar. Er ließ es wortlos geschehen und dachte nur immer bei sich: „Wie lieb doch ihre Hand ist!“

„Nun ziehst mein lieber, hübscher Junge auch in den Krieg, wie alle tapferen Männer“, redete sie in halb-mütterlichem Tone zu ihm, „und daheim wird jemand sitzen und sich die Augen rot weinen. Nur dann und wann kommt ein kleines Brieflein voll lieber Worte. Doch lange, lange Zeit heißt es warten. Doch einmal kommt der Lieber, Gute wieder: Groß, braun und stattlich. Dann freut sich ein kleines Mädel und breitet die Arme aus... weit... ganz weit...“

Er hörte glücklich diesem Belennen zu. War es nicht süß, einen Menschen so nahe am Herzen zu wissen? Langsam wandte er den Kopf auf die Seite, und zuletzt preßte er sein Gesicht eng in den Schoß, daß sie seinen warmen Atem durch das dünne Kleid spürte. Sie zitterte ein wenig, dann brüdete sie ihn ganz eng an sich, daß er kaum mehr atmen konnte.

Sie flüsterte heiße Worte in sein Ohr. Schönes, Süßes, Seltsames und Unbekanntes. Es schauerte ihn. Der heiße Atem, der aus ihrem Munde sein Ohr traf, erregte ihn. Sein Blut flirrte. Ein dunkles Verlangen, mehr von ihr zu besitzen als die Hand, den Mund, die erregenden Worte, hing in ihm auf. Er umfing ihren Leib, zog sich langsam an ihr empor, küßte die junge Brust durch das dünne Kleid, suchte den offenen Hals, den Mund...

Sie sank leise im hohen Gras zurück. In ihren Augen lag ein unüberhülltes Verlangen.

„Ja?“ fragte sie mit zuckenden Lippen.

Er suchte in ihren Augen.

„Ja?“ fragte er. „Du Starker!“

„Ja?“ fragte sie wieder. Ein verwirrendes Zittern lag in ihrer Stimme.

„Ich kann dich nicht so von mir lassen...“ bat sie und flüsterte ihm neue, heiße Worte in das Ohr. Ein neuer Schauer überlief ihn.

„Ja!... Tausendmal ja!... Liebest!“ gab er zurück.

„Ich konnte auch nicht von dir gehen, ohne daß du mein...“

„Nimm mich doch!“ antwortete sie, zog ihn eng an sich und legte, wie willenslos, die Arme verkrämpt unter das Haar, den halboffenen, jugendfrischen Mund zum Kusse bietend.

Andreas beugte sich über sie, umfing den schlanken Mädchenleib mit seinen kräftigen Armen, das Herz sprang in wilder Eile.

„Wichtig ist ihm eine Zeile des Briefes der Mutter ein. Hilber trauten auf. Die Jugendzeit, Schimpf und Schande, Glückseligkeit...“

Er fuhr mit der Hand über die Augen, um die jugendlichen Hilber zu verdrängen. „Wichtig ist ihm...“

„Lila!“ schrie er in seiner Qual auf. Sie öffnete die Augen und suchte in seinem Gesicht, das im Schatten lag, zu lesen.

„Lieber!“ bettelte sie.

„Ich bin ein Findling!“ stöhnte er, sah sich aus dem Inneren, sprang auf, rannte durch das Dunkel, stolperte über die Steinblöcke, wurde von den Lärmenden Zweigen der Weiden in das Gesicht und über die Arme und Schultern gedrückt, stand plötzlich, atembekümmert, fußbreit vor dem Mühlenwehr und sah sich schweigend und verwirrt erst im Lichtschein der Kreuze hin und her.

„Neuer großer Sieg!“ rief ihm ein vorbeiziehender Bürger zu. Andreas ergriff den Sinn der zugerufenen Worte nicht.

Er schlich, noch immer atemlos, an den Fensterreihen entlang, durchschritt auf Heckenpfaden die Werkstatt und stolperte, immer einige Schritte im Sprung nehmend, die steile Stiege zu seiner Kammer empor.

„Ohne recht zu wissen, was er tat, sah er das kühle Brunnenwasser in die Blechschüssel, küßte die Hände, reichte das breisende Gefäß in das Wasser. Immer noch irrte es in den Ohren.“

„Warum?“

Er setzte sich auf den Schmel und stützte den Kopf in die zitternden, nassen Hände. Dann sprang er erschrocken auf.

„Ist!“ wurde es ihm bewußt. Wie konnte er sie zurücklassen? Sie, die Kleine, Feine, die sich ihm schenken wollte mit ihrem Mädchenname, weil sie ihn liebte? Hatte er die Unberührtheit nicht von sich gelassen, die sich Gebende feige verlassen? Er sprang mit wenigen Schritten die Kammertreppe herunter, stieß mit dem Meister in der Werkstatt zusammen.

„Nanu?“ sagte der verwundert und schob auch gleich los.

„Wir haben 85 000 Gefangene...“

„Ich muß...“ stotterte Andreas und gewann bereits die Tür, rannte die Brunnengasse, das Mühlenwehr, den Mühlsteig entlang, rief erst halblaut, dann schreiend ihren Namen, jagte wie ein Gehefter zum Lammlicht, suchte vergeblich das Flecklein am Bachufer, sah dann im schwachen Mondlicht das niedergedrückte Gras.

Sein Atem flog. Er mußte sich niederlegen, um das Blut, das schlagende Herz, die schmerzenden Lungen, die wirren Gedanken zur Ruhe zu bringen. Wenn sie doch noch zu finden wäre! Jetzt!... Jetzt!... Wenn sie jetzt ihren Leib dargeboten hätte...

Andreas stand auf, stieg bis zum Wasser herunter, schöpfte gierig das kühle Bachwasser, neigte das Gesicht, ließ die Arme von dem gluckenden, kalten Wasser umspülen.

Wo war sie? Er mußte sie finden. Morgen ging es in die Ferne. Wann sollte er noch einmal mit ihr sprechen? Erklären, daß er nicht verschmähte, betrachtete, von sich stieß, was aus heißer Sehnsucht und unzählbarem Blutverlangen geschenkt und dargeboten worden war und was er selbst in ebenso wildem Begehren genommen hätte, wenn nicht die Irrfahrt der Gedanken dazwischengekommen wäre. Würde sie ihn verstehen? Sich noch einmal schenken? Vergessen? Ueberwinden? Sich nicht erniedrigt und weggeworfen fühlen? Wenn er einmal von seiner Jugend sprach, den gehüteten Brief der Mutter hergab, um ihre Mädchenhaftigkeit und Unberührtheit mit heißen Worten bat?

Die Zeit! Nur noch Stunden blieben für alle Vorsätze. Morgen... Er kroch auf Händen und Füßen das Bachufer empor. Der Weg glänzte schwach im Mondlicht. Mit schwan-

lenden Knien ging er wieder stadtwärts. Seine Gedanken glätteten sich. Er überdachte mit zusammengelegenen Händen das Kommende.

Hatte die Mutter nicht doch recht, daß sich alles Geschehen nicht mehr tilgen und auslöschen läßt? Daß die Zeit auf ihren Schwingen davonträgt, was an falschem oder gutem Tun vom Gegenwärtigen ins Vergangene sinkt? Wenn es kein Wiedersehen mehr gab?

Er mußte sie treffen, auch wenn die Nacht schlaflos vorüberging. Von dem qualenden Warum? sprechen. Das Herz frei machen. Heute noch. Er sah sich furchtlich um. Ging nicht schon der Tod hinter ihm? Der Krieg war doch das große Verlöschen. Und wenn er ihr nur ein Verprechen zurücklassen konnte. Schon das gab einen friedlichen Klang. Sorgsam baute er die Worte zusammen. Sie sollten die Enttäuschungen von ihr nehmen. Kam er nur heil zurück, noch am ersten Abend wollte er von ihr fordern, abringen, verlangen, was heute nicht genommen wurde. Dann gab es kein Bedenken mehr. Dann lag eine blanke, helle Zukunft vor zwei sich Sehnenben.

Zum eigenen Verwundern bog er bereits die Seilwindergasse ein. Er atmete froh auf, als er in ihrem Dachkammerlein Licht sah. Er pfiß. Ihr Schatten erschien im Fenster.

„Lisa!“ rief er.

„Du bist's?“ fragte sie mit Verwundern im Ton.

„Komm!“ bettelte er.

„Leb wohl, Aber!“

„Laß mich nicht so gehen!“

„Ich?... Ich wollt's ja!“

Sie schloß das Fenster. Er ging in den Häuser Schatten der andern Straßenseite. Einige Male schwebte ihr Schatten noch am Fenster vorüber. Dann verlosch das Licht. Andreas sah nach dem dunklen Fenster empor. Er mußte nicht mehr, was die Zeit war. Die Straße herab kamen singend, mit untergefaßten Armen, behäbige Bürger aus irgendeiner Schenke.

„Die Vöglein im Walde, sie singen so wunderwunder schön: In der Heimat, in der Heimat, da gib't ein Wiedersehen!“

Klang es aus rauhen Trinkerkehlen.

(Fortsetzung folgt.)

Der Verrückte mit Fünfmarkstücken.

Humoreske von Fredrik Ell.

Es war am Abend des 29. März 1930, als auf dem Augustusplatz in Leipzig ein großer Aufruhr entstand. Von allen Seiten strömten die Menschen herbei, zwangen die Autos zu Bogen und die Straßenbahnen zu müßigem Verharren.

„Was ist los?“

„Ein Verrückter.“

„Wie?“

„Er will Geld verkaufen.“

In der Mitte der Zusammenrottung stand ein großer schlanker Herr. Sein Anzug schien vom besten Schneider, gelbe Schweinslederhandschuhe zerschritten grell das Schwarz seines Anzuges, auf dem Kopfe trug er einen spiegelnden Zylinder.

„Herrn, meine Herrschaften! Wer hat noch nicht? Wer will nochmal? Nagelneue Fünfmarkstücke zu zwei Mark das Stück! Nur zwei Mark für ein nagelneues Fünfmarkstück! Herrn, meine Herrschaften!“

Die Leute drängten immer näher, um die Fünfmarkstücke zu sehen, die der Unbekannte aus einem großen Beutel herausnahm. Sie schienen echt, aber niemand getraute sich, einen Versuch zu machen.

„Niemand!“ rief der Fremde. „Will keiner funkelnagelneue Fünfmarkstücke für zwei Mark kaufen?“

Da drang die Polizei ein.

„Auseinander! Auseinander!“

Die Menge wich zurück.

Bald stand die Polizei vor dem Fremden.

„Was treiben Sie hier?“

„Ich verkaufe Fünfmarkstücke.“

„Für welchen Betrag?“

„Stück für Stück zwei Mark.“

„Das ist ein seltsames Geschäft.“

„Meines Wissens ist es in Deutschland nicht verboten, derartige Geschäfte zu machen.“

„Folgen Sie uns auf die Wache.“

Der Fremde ging lächelnd mit und die Masse folgte.

Der Polizeikommissar hatte die nötigen Daten niedergeschrieben.

„Wie viele haben Sie schon verkauft?“ fragte er.

Der Fremde antwortete: „Kein einziges.“

„Das kann ich mir denken“, nickte der Kommissar, „jeder glaubt natürlich, daß die Stücke falsch sind.“

„Sie sind aber nicht falsch, wie Sie sich überzeugt haben. Drei Sachverständige haben Ihnen die Echtheit der Stücke bestätigt.“

„Warum treiben Sie den Unzug?“ fuhr der Kommissar fort.

„Das ist kein Unzug, verehrter Herr“, verteidigte sich der Fremde, „ich habe genügend Geld, um mir die alte Arbeitstätigkeit zu leisten. Aber abgesehen davon habe ich eine Wette abgeschlossen, bei der ich mich verpflichtete, auf dem Augustusplatz eine Stunde Fünfmarkstücke zum Verkauf von zwei Mark anzubieten. Leider ist die Wette nicht zum Austrag gekommen wegen der polizeilichen Einschüchterung.“

„Der Herr...“

„Das sage ich gern ein. Aber meine Wette bleibt bestehen.“

„... jetzt gehen?“

„Wir haben kein Recht, Sie länger zu halten.“

„Abend!“

Am nächsten Morgen berichteten die Tageszeitungen über den „nationalen Vorfall“. In allen Kaffeekamern, an allen Stammtischen der Stadt erzählte man sich davon. Leipzig hatte kein... Sorgen, keine anderen Gedanken, kein anderes Gespräch, als über den Verrückten mit den Fünfmarkstücken. Unwillkürlich bog man abends auf den Augustusplatz ein, um die jetzt historische Stätte zu besichtigen.

So war es auch, als von dem nahen Rathaus die sechste Stunde schlug. Unruhig ließen die Menschen über den Platz. Plötzlich drang von der rechten Seite eine Stimme:

„Herrn, meine Herrschaften! Der Mann mit den Fünfmarkstücken ist wieder da! Wer will nochmal? Wer hat noch nicht? Nagelneue Fünfmarkstücke zu zwei Mark das Stück!“

Die Menge stobte.

„Lief näher. Alles drängte, stieß, rannte hinüber.“

„Wir zwei Stück!“ rief alles wild durcheinander, „zwei Stück, zehn Stück — fünfzig Stück.“

In wenigen Minuten war der Fremde anverkauft.

Nur noch zehn Fünfmarkstücke hielt er in der Hand.

Die gierige Menge kämpfte darum.

„Sie sind nicht für euch“, bedauerte der Fremde, „ich habe sie aufgehoben für die beiden tüchtigen Beamten, die mich gestern abend festgenommen haben und heute wieder hier ihren Dienst machen. Da brähen kommen sie, laßt sie durch.“

Die Beamten drängten sich heran.

„Wollen Sie nicht auch einige Fünfmarkstücke für zwei Mark kaufen?“ lachte ihnen der Unbekannte entgegen.

„Wenn Sie so nett sein wollen.“

„Bitte. Es ist mir ein Vergnügen. Sehn Stück habe ich noch.“

Der Polizist nahm sie in Empfang.

„Vielen Dank, mein Herr, vielen Dank. Was zahlte ich?“

„Zwei Mark für das Stück.“

„Hier sind zwanzig Mark. Nochmals vielen Dank.“

„Keine Ursache. Jetzt ist Schluss, meine Herrschaften!“

Die Menge brach in Hochrufe aus.

Der Fremde dankte, bestieg eine reservierte Autobroschle und fuhr von dannen. Er mußte wohl zum Bahnhof gefahren sein, denn man hat ihn nie wieder gesehen. Gehört hat man in Leipzig noch oft von ihm. Jedesmal dann, wenn die Leute in ein Geschäft gingen, um dort mit ihren so billig erworbenen Fünfmarkstücken Einkäufe zu machen, denn dann erfuhren sie, daß ihre Stücke so falsch waren, wie die am ersten Abend gezeigten Fünfmarkstücke echt.

Das Leben hat einen neuen sittlichen Sinn.

Wir stehen im Gemerkschaftskampfe um die soziale Normung des Lebens zugleich in einem großen sittlichen Umwandlungsprozess. Oft sind wir uns dieses Besonderen zwar nicht bewußt. Wir sind organisatorisch verbunden. Wir kennen das jeweilige wirtschaftliche Ziel des Verbandes. Wir kämpfen den Kampf um das Recht Schritt für Schritt. Ohne Illusionen. Ohne Sentimentalität. Klar und nüchtern. Doch wir kämpfen, und damit tragen wir in uns den Kerngedanken einer neuen Sittlichkeit.

Das Kampfprinzip unserer Bewegung ist es, daß die alte sittliche Welt aus den Angeln hebt. Die alte Ethik war weichlich und gefügig. Sie nahm das Unrecht ohne Empörung hin. Sie ertrug den Diebstahl der Arbeitskraft ohne inneres Wehen. Sie gab Almosen, wenn die Not groß gewesen, und bettelte um Gnade, wenn die Not nicht mehr zu ertragen war. Und das alles nannte man Liebe. Das knechtische Dulden war Liebe, und der Bettelpennig wurde von Liebe gereicht, und der erbärmliche Ausdruck des Dankes für Gnade sollte der Ausdruck der Liebe sein.

Masse stand gegen Masse. Macht gegen Recht. Freiheit gegen Unterdrückung. In härtester Weise wurde das Zusammenleben der Menschen zu einem Hohnbilde wahrer Sittlichkeit. Es war Rohheit und Ausbeutung und Anechtung menschlicher Würde, aber aus diesem ewigen tiefen Bedürfnis des Menschen nach sittlichem Zusammenleben gab man dieser mißbildeten, klassenvergerren Gesellschaft ein ethisches Mäntelchen. Und gedrückte Menschen nahmen die Worte hin. Sie ertrugen in verirrtem menschlichem Fühlen die wirtschaftliche Unterdrückung, bis die Unterdrückung in vergangenen Jahrhunderten dann stärker und stärker wurde, und eines Tages mit dem Aufstrei gegen die Ausbeutung die alte ethische Welt zusammenbrach.

„... einer Masse zu dienen, ist nicht ethische Pflicht, und eine Ordnung der Herren und Knechte ist gegen menschlich-sittliche Würde. Und sie redten sich an gegen diese Wirklichkeit, die Menschen des Volkes. Sie empörten sich gegen diese Auffassung der Jahrhunderte. Sie verbanden sich zum Kampfe gegen Unterdrückung und zum Kampfe für Gleichheit und Recht. Und wenn sie dabei auch oft nichts erlebten als diesen Kampf, diese Empörung, dieses Machtgefühl solidarischer Größe, sie erlebten damit alle die heilige Flamme, aus der eine neue geläuterte Ethik erglöh.“

Wir übernehmen nur Worte der alten Ethik, und erfüllen sie mit neuem Erlebnis und Gehalt. Und so bleibt auch die Liebe der Kern des ganzen sittlichen Fühlens der Menschen, doch dieses neue, starke, kämpferische Menschenliebe-Gefühl.

Liebe ist die revolutionäre Kraft aus der Liebe. Liebe ist Wollen des Rechts. Liebe ist die überströmende Fülle eines überreichen Gefühls. Und solche Liebe will Tat. Sie muß sich entfalten. Sie hat das Bedürfnis nach Kampf. Nur Kampf zur Formung für des Lebens Freiheit ist ihr das Glück.

So wächst der neue Mensch heraus aus diesem vom Gegner oft als unreligiös und materiell beschriebenen freigewerkschaftlichen Kampfe. Der Mensch, der die Gnade zum Rechte macht, das Dienen zur Gleichheit und das Schaffen zum sittlichen Kerne des Gemeinschaftsglücks.
Dr. Gustav Hoffmann.